

56. Jahrgang

1-2023

€ 5,00

WEM GEHÖRT
DIE STADT?

AMOS

erscheint aus guten Gründen seit 1968 im Ruhrgebiet



Inhalt

Kolumnen

- 3** *Hermann Schulz*
Ein unvergesslicher Freund
- 4** *Hans Hubbertz*
Wem gehört die Stadt?
 ... und wem gehören deren Daten?

SCHWERPUNKT: Wem gehört die Stadt?

- 5** *Martin Stankowski*
Der öffentliche Raum – oder die Stadt von unten
- 6** *Knut Unger*
Für andere Zeitenwenden:
 Mieten deckeln, Wohnraum umverteilen,
 Wohnungskonzerne vergesellschaften!
- 7** *Knut Unger*
Zeitenwenden und Sondervermögen
- 8** *Andreas Knie*
Der Laternenparker von Bremen.
 Die Gesellschaft muss erstreiten, welchen Raum
 der Autoverkehr einnehmen soll.
- 9** *Stefan Hochstadt*
Wem gehören die Straßen?
- 10** *Andreas Kemper*
Privatstädte. Eine Warnung
- 11** *Marianne Bosshard*
Das Kreuz mit der Buche
- 12** *Susanna Schaller / Elizabeth Nisbet*
Beispiel New York:
 Neoliberale Stadtentwicklungs- und Wohnungspolitik
- 13** *Susanna Schaller*
placemaking – actual urbanism
- 14** *Robert Bosshard*
Seelentransplantation

- 15** *Jürgen Klute*
Wohnen in Wien – Was die Bundesbauministerin
 von den Wiener Parteigenossen lernen könnte
- 16** *Wilhelm Neurohr*
Wem gehört die (geteilte) Stadt?
- 17** *Rolf Euler*
Gehen statt fahren
- 18** *Dietrich Hüppe*
Armut und Gesundheit
 am Beispiel Krebshäufigkeiten in Herne
- 19** *Peter Strege*
Seit langem lebe ich in einer Stadt.
- 20** *Benedikt Kern*
**Gewaltsame Abschottung und Widerstand –
 Das Grenzregime unterlaufen!**

Menschenorte 55

- 21** *Andreas Müller*
**„schlafen statt strafen“ –
 Ein Protestcamp in Dortmund**

1wurf

- 22** *S.G.*
**Rechte, patriarchale Politik:
 das westliche Geschenkpaket für den Iran**

Palästina

- 23** *Haaretz Leitartikel – 26.02.2023*
**Israels Kabinett beschloss die
 vollständige Apartheid für das Westjordanland**

Impressum ...	Seite 14
Abo-Bestellschein ...	Seite 3
Lesetipps ...	Seiten 5, 7, 8, 9, 10, 19, 20, 21
Anzeige Peter Hammer Verlag ...	Seite 24

Editorial

„Wem gehört die Stadt?“ ist angesichts der Bombenschäden in der Ukraine vielleicht eine Frage, die sich vielen gerade nicht so dringend stellt – oder doch? Bei steigenden Mieten, Grundstückspreisen und Energiekosten ist immer die Frage: wer verdient und auf wessen Kosten? Der Krieg ist jedenfalls eine günstige Gelegenheit, dass einige sehr gut verdienen und viele draufzahlen.

Brecht dichtete auch für heute:

„Reicher Mann und armer Mann standen da und sah'n sich an. Da sagte der Arme bleich: Wär' ich nicht arm, wärst du nicht reich!“

Unsere AutorInnen schreiben über den Zustand unserer Städte, die Verluste an Lebendigkeit, die Verluste an Räumen. Aber auch über Beispiele, wo der Trend und die Politik, aber vor allem die Bürgerinitiativen, in eine andere Richtung gehen: Wiedereroberung von Räumen, Plätzen, Häusern. Dass die Auto-Vorrang-Politik mit ‚betonierten‘ Tatsachen (nicht nur) im Revier beendet werden muss, fordert Stefan Hochstadt. Andreas Knie zeigt einen Weg auf, dahin zu kommen. Platz zum Gehen, Spielen, Radfahren, Leben, für Parks und einzelne Bäume fordern wir mit vielen Initiativen.

Vor allem muss Wohnen ein für alle bezahlbares Gemeinschaftsprojekt sein! Hier beziehen wir uns auf die Erfahrungen der Mieterinitiativen und stellen Elemente eines möglichen „Manifestes“ vor, das Knut Unger aus vielen Erfahrungen für das

Ruhrgebiet erstellt hat – vollständiger Text auf unserer Homepage www.amos-zeitschrift.eu.

In Berlin und anderen Orten gibt es starke Bewegungen gegen den Profit-orientierten Wohnungsbau. Susanna Schallers und Elizabeth Nisbets Analyse aus New York zeigt, wie falsch das System ist: Wohnung ist Daseinsrecht! Wie die Stadt Wien mieter-/menschenfreundliche Wohnungsbaupolitik betreibt, beschreibt Jürgen Klute.

Die Analysen und Berichte von Wilhelm Neurohr und Andreas Knie, die wir in gekürzter Form abdrucken, stellen wir ebenfalls auf unsere Homepage.

Der Krieg führt auch in der *AMOS*-Redaktion zu Debatten und vielen Fragen nach dem Weg zum Frieden. Wir legen den Aufruf für den Ostermarsch Ruhr bei, der im April hoffentlich groß und deutlich kommt, als eines unter sehr vielen Dokumenten, die wir ebenfalls auf unserer Homepage abgelegt haben ([s. amos/Ukraine-2022-23](http://s.amos/Ukraine-2022-23)).

Wir bedanken uns bei allen AutorInnen für ihre Beiträge und bei Wolfram P. Kastner aus München für die Möglichkeit, einige seiner Bilder abdrucken zu können. Er ist Träger des Preises „Aufrechter Gang“ der HU Bayern von 2022. Das Titelbild gestaltete Robert Bosshard.

AMOS 2|2023 wird sich dem Themenbereich „Medien“ widmen, Beiträge dürfen gern angeboten werden!

Wir grüßen immer hoffend und machen weiter! *AMOS*

Hermann Schulz

Ein unvergesslicher Freund

Vor einigen Jahren rief mich ein Mann namens Johannes Paehl an. Er sei mit seinem Freund Arnold Kiel gerade auf einem Theologentreffen auf dem „Heiligen Berg“ (wie wir den Ort despektierlich in Wuppertal nennen) und sie würden mich gern besuchen – wenn es denn gerade passen würde.

Die beiden hatten meine Bücher gelesen, vermutlich „Auf dem Strom“ oder „Die Nacht von Dar es Salaam“, daran erinnere mich nicht mehr. Jedenfalls war schnell deutlich, dass die beiden ein lebendiges Interesse an diesem Autor hatten, der in Afrika geboren wurde. Sie schrieben später einen schönen Artikel über mein Buch „Therese. Das Mädchen, das mit Krokodilen spielte“ im Blatt von Tansania-Network.

Jetzt saßen mir zwei freundliche Herren gegenüber, die beide beruflich viele Jahre als Missionare in Ostafrika gearbeitet hatten. Um sie ein wenig zu provozieren, erzählte ich ihnen, zum Geburtstag meiner Mutter wären immer einige Missionare zu Besuch gekommen und hätten meine Ohren so lange wie einen Lichtschalter gedreht, bis ich laut und deutlich sagte, ich hätte den Heiland lieb. So hätte ich früh gelernt, flüssig und ohne Stocken zu lägen.

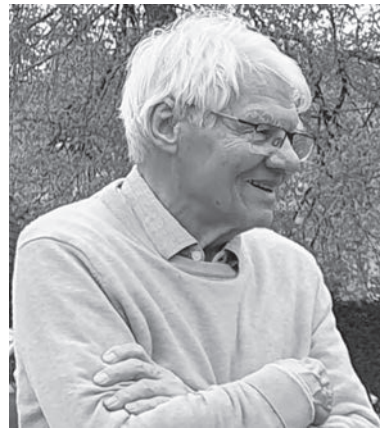
Das fanden die beiden Gäste entsetzlich!

Sie wollten viel von meinen Reisen zur Insel Ukerewe im Viktoriasee hören, die sie kannten. Und von meinen Kontakten zu den katholischen Priestern Alex Mugonya und Cyprian Tirumanywa, die meine Freunde geworden waren und leider schon gestorben sind.

In der Geschichte Ukerewes hatten irgendwann die deutschen Kolonialherren den Ärger mit evangelischen Missionaren satt und ließen nur noch katholische auf die Insel.

Diese beiden Kinder der Mission, Johannes Paehl und Arnold Kiel, wurden im Laufe vieler Jahre zu engen Freunden. Aus heiterem Himmel schenkte mir Johannes vor drei Jahren eine wunderbare Karte der Insel Ukerewe, mit allen Nebeninseln und Wassertiefen. Ein Schmuckstück! Ich habe keine Ahnung, wo Johannes sie aufgetrieben hat!

Johannes ist vor einigen Wochen plötzlich gestorben. Ich erfuhr es von seiner Tochter Asimwe. Dieser Mann, Sohn eines Pfarrers aus Conow/Mecklenburg, kam im Alter von fünfzehn Jahren über die grüne Grenze in den Westen. Nach einer Landwirtschaftslehre, Arbeit bei der Zeltmission und theologischen Examen wurde er schließlich nach einigen Stationen mit verschiedenen kirchlichen Ämtern Missionar in Ostafrika. Alles aufzuzählen, wo überall er Ausbildungen gemacht hatte und tätig war, bis hin zur Bootsführer-Prüfung auf dem Tanganjikasee, Diakon der Wohlfahrtspflege und Militärseelsorge, würde diesen Artikel überfordern. Er war auch an der Gründung des Tanzania-Netzwerkes beteiligt und einige Jahre der Vorsitzende. Und er war handwerklich sehr begabt, was im ländlichen Afrika wichtige Voraussetzung ist, mit den Widrigkeiten des Alltags klarzukommen. Er engagierte sich ganz selbstverständlich für Fair Trade.



Johannes Paehl wurde den Afrikanern ein Afrikaner, ohne sich anzubiedern. Er war eine Sorte Missionar, wie ich sie leider in meiner Kindheit selten kennengelernt habe. Dass er seiner Tochter den Namen Asimwe gab (ein Name aus der Luhaya-Sprache, er bedeutet „Ihm sei gedankt“), zeigt seine innere Verbundenheit mit seiner afrikanischen Heimat. Seine Kinder erzählen von seiner Neugier auf die Welt, seinen Plänen und seiner Freude an Reisen in nahe und ferne Länder.

Bei einer Geburtstagsfeier schloss er eine Andacht mit den Worten: „Unser Leben bleibt bruchstückhaft, verlustig, fragmentarisch. Dennoch leben wir und bleiben Begnadete. Das ist unser größtes Privileg. Begnadet von dem, der Ursprung und Ziel unseres Lebens ist.“

Er wird nicht nur mir fehlen!

Ich bin inzwischen in einem Alter, dass ich über verstorbene Freunde in jedem AMOS schreiben könnte. Das Leben hat aber auch für Unsereins genug positive Seiten, von denen ich erzählen möchte. Also Schluss mit den Nachrufen!

Hermann Schulz, geboren 1938, lebt als Autor in Wuppertal. Zuletzt erschienen: „Wie ein Edelweiß den Weltkrieg überlebte“, Geschichten, 12,00 € (nur über den Autor zu beziehen: schulz-hermann@t-online.de)

AMOS-ABO

Ich bestelle ein AMOS-ABO

gegen eine Kostenbeteiligung von 20,- € pro Jahr.

Rechnungsanschrift (AbonentIn)

Name _____
 Straße _____
 PLZ/Ort _____
 Datum _____ Unterschrift _____

Lieferanschrift (falls von Rechnungsanschrift abweichend)

Name _____
 Straße _____
 PLZ/Ort _____

Zahlungsweise

- Verrechnungsscheck über 20,- € liegt bei
- Überweisung über 20,- € ist erfolgt
 am _____ an AMOS, Marl,
 IBAN: DE31 4305 0001 0033 3001 20
 BIC: WELADED1BOC

Mir ist bekannt, dass ich diese Bestellung innerhalb einer Woche widerrufen kann. Laut Gesetz bestätige ich dieses Wissen mit meiner Unterschrift: _____

ausschneiden und einsenden an Hartmut Dreier, Adresse s. Impressum

Hans Hubbertz

Wem gehört die Stadt? ... und wem gehören deren Daten?

Gegenwärtig lebt über die Hälfte der Weltbevölkerung in städtischen Räumen. Schätzungen für das Jahr 2050 prophezeien, dass dieser Anteil auf über 65 Prozent ansteigen könnte. Bereits jetzt leben 74 Prozent der Europäer in urbanen Räumen. Zwei Drittel des weltweiten Energieverbrauches findet laut einer Studie von Siemens in Metropolen statt, womit dort entsprechende Volumina an CO₂-Emissionen gekoppelt sind. Im Licht der Erwartung weiterhin gesteigerter Energiebedarfe hängt die Zukunft der Energiewende vor allem vom Erfolg der Maßnahmen in diesen verdichteten Räumen ab.

Dabei spielen digitale Messdaten eine immer gewichtigere Rolle. Es dürfte daher kaum verwundern, dass sich in diesem Segment von sog. ‚Smart Cities‘ bereits die bekannten Big Tech-Player privatwirtschaftlicher Informationssammlungen offensiv etabliert haben. Es ist davon auszugehen, dass die Geschäftsmodelle unter dem Vorzeichen der totalen Kommerzialisierung aller mit Sensoren erfassbarer Daten des Internet of Things (IoT) betrieben werden.

Gegen diesen Trend wenden sich weltweit in einer asymmetrischen Konstellation von ‚David gegen Goliath‘ Initiativen aus der sog. Maker-Szene, die die Technologien und die Datensouveränität in urbanen Räumen wieder in die Hände von Bürgern und Bürgerinnen zurückbringen wollen, ganz ohne unrealistischen Größenwahn mit einem klaren Akzent auf den Schutz der Privatsphäre und demokratischer Rechte. Unter den Vorzeichen von Open Data, Open Source, Open Education und Open Government wird mit der Aneignung von Technik dabei explizit der Anspruch verbunden, die demokratische Mitwirkung zu vitalisieren, für Transparenz, Beteiligung zu sorgen, um so im öffentlichen Raum die Wahrnehmung der Belange von Bürgerinnen und Bürgern zu verbessern. Die Aneignung neuester Technologien solcher Initiativen folgt den kleinschrittigen Prinzipien einer Bottom-Up-Strategie und setzt auf Beteiligung und Bildung.

Auf der technischen Seite sind mittlerweile einfache, per Funk verbundene Sensoren für überschaubare Summen erschwinglich. Eine weit verbreitete Netzwerktechnologie nennt sich LoRaWAN, also Low Radiation Wide Area Network. Typische Kennzeichen dieser Technologie sind die hohen Reichweiten, die kleinen verschlüsselten Datenpakete und ein sehr geringer Energieverbrauch; das Ganze ohne jegliche Lizenzgebühren für die Datenübertragung. Gesendet wird auf 833 Mhz, einer Frequenz, die von der Bundesnetzagentur für jedermann und jedefrau zugelassen ist. Im Internet stehen zudem nicht-kommerzielle Netzwerke zur Dateneinspeisung für solche Sensoren zur Verfügung. Quelloffene Software (open source) zum Betrieb der Sensoren und der Netzwerke, freie Anleitungen und Tutorials oder Videos sind reichlich vorhanden.

Auf dieser Basis wurde weltweit ein öffentlich kostenfrei verfügbares Netzwerk für freie Sensor-Einspeisungen aufgebaut, das auch in der Emscher-Lippe-Region erreichbar ist. Von Privatpersonen, Initiativen und Organisationen oder auch Firmen selbst erzeugte Sensordaten werden über das

in den Niederlanden befindliche Netzwerk (The Thingsnetwork) übertragen und am Ende öffentlich auf geographischen Karten visualisiert, so auch im Emscher-Lippe-Raum, bspw. unter den Webadressen <http://ruhrgebiet.maps.sensor.community/#14/51.5244/6.9521> oder <https://tinyurl.com/544yhwnv>.

Im Rahmen eines Förderprojekts des Landes NRW, das der Kirchenkreis Recklinghausen unter dem Label Emscher-Lippe-Thingsnet mit dem IT-Unternehmen IST-planbar aus Recklinghausen umsetzte, wurden u.a. Feinstaub und Wetterdaten gemessen. Es zeigte sich, dass die Sensortechniken in gesellschaftlichen Konflikt Räumen sinnvoll eingesetzt werden können, so z.B. um die Kokerei in Bottrop, die wegen Benzoapyren-Belastungen immer wieder für Auseinandersetzungen sorgte. Die Sensortechnik bot Anwohnern und Anwohnerinnen mit eigenen Messaktivitäten die Gelegenheit, die offiziellen LANUV-Daten mit eigenen Daten zu ergänzen. In Workshops wurde erlernt, was eigene Low-Cost-Sensoren leisten können und wo die Möglichkeiten und Grenzen der Technologie liegen.

In der Emscher-Lippe-Region wurden im Zuge des o.g. Projekts die Berufskollegs in Castrop-Rauxel, Gladbeck, Haltern und Marl mit sog. Gateways ausgestattet, an die die Sensoren ihre Daten schicken. So kann im Bereich beruflicher Bildung eine Technologie bekannt gemacht werden, die mit einer sehr niedrigen Einstiegsschwelle breit auch jenseits rein schulischer Ausbildungszwecke zur Verfügung steht.

In Datteln messen Berufsschüler und -schülerinnen mit Sensoren in der Innenstadt die Auswirkungen des Klimawandels, wo sich im heißen Sommer Hitzeinseln zeigen. Solche Daten können als Grundlage für städtebauliche Diskussionen dienen, um Anpassungsmaßnahmen mit Bürgerbeteiligung einzuleiten.

In der Stadt Gladbeck wurde ein sensorgestütztes Baummonitoring aufgebaut. Im Innenstadtdistrikt werden mit LoRaWAN-Sensoren Bodenfeuchtwerte von Bäumen in Hitzeperioden überwacht. Bürgerinnen und Bürger übernehmen Gießpatenschaften und kümmern sich in längeren Trockenheitsphasen um den Erhalt neu angepflanzter Bäume.

Eine weitere Unterstützung beim Einsatz von Sensoren geht von sog. FabLabs aus, also offenen Werkstätten mit frei verfügbaren Hightech-Anwendungen, wo 3D-Drucker, Lasercutter, Drehbänke, Lötstationen u.a. parat stehen und für technisch Interessierte Möglichkeiten eröffnen, die vor Jahren noch undenkbar waren. Solche FabLabs finden sich z.B. an den regionalen Hochschulen in Gelsenkirchen und Bottrop.

Wer das öffentliche urbane Terrain auf der Basis von Daten als politischen Raum begreift, kann mittlerweile in der Emscher-Lippe-Region eigene technologiebasierte Interventionsideen in laufenden Konfliktfeldern entwickeln und umsetzen, die sich um Perspektiven für Energieversorgung, Ressourcenschonung, Mobilität, Überwachung, Klimaschutz und lebenswerte städtische Räume drehen.

Dr. Hans Hubbertz, Pfarramt für gesellschaftliche Verantwortung im Verband der Ev. Kirchenkreise Gladbeck-Bottrop-Dorsten und Recklinghausen

Martin Stankowski

Der öffentliche Raum – oder die Stadt von unten

In der Nacht vom 4. auf den 5. Dezember 2020 wurde in einer Toilette am Kölner Chlodwigplatz ein Mensch überfallen. Es war keine Beziehungstat. Der Mensch schlief in der Toilette, weil er keine Unterkunft hatte. Der oder die Täter haben ihn überfallen und angezündet. Die Polizei ermittelte.

Ein Verbrechen. Mehr, ein Skandal. Ein Mensch sucht einen geschützten Raum, einen Schlafplatz, in einer öffentlichen Toilette. Das lässt über den öffentlichen Raum nachdenken. Für die Architekten ist Raum immer die Gestaltung einer Höhle, ein Ort mit etwas drum herum. Für die Geografen ist Raum ein Gebiet. Und öffentlich wird das alles, wenn jeder Zutritt hat.

Demokratie beginnt ja mit der Erfindung der Stadt, der Straße, sie wird zum ersten öffentlichen Raum. Kein Zufall, dass im Mittelalter an Straßen oder Kreuzungen Recht gesprochen wurde. Öffentlicher Raum und Demokratie hängen zusammen.

Nun ist die Teilhabe, die Nutzung von öffentlichem Raum an Voraussetzungen gebunden jenseits des Raums, oder vorgängig. Die Charta der allgemeinen Menschenrechte der UN hat im Artikel 25 festgelegt, dass „jeder Mensch Anspruch auf eine Lebenshaltung hat, die seine Gesundheit und Wohlbefinden einschließlich Nahrung, Kleidung und Wohnung ... gewährleistet“. Fehlen diese Voraussetzungen fehlt das Menschenrecht. Wohnung ist ein Menschenrecht.

Menschen auf der Straße kennen wir, Bettler, Musiker, Straßenmaler oder Zeitungverkäufer, abends und nachts als Schläfer in den Einkaufspassagen und Fußgängerzonen. Jeder sieht sie, aber kaum einer nimmt sie noch wahr. Und wer weiß, wie viele es sind? In Deutschland existiert keine amtliche Statistik über Wohnungslose. Die Sozialarbeit unterscheidet zwischen „Wohnungslosen“, das sind Menschen in Einrichtungen des Hilfesystems, plus anerkannte Flüchtlinge. „Obdachlose“ dagegen sind die Menschen auf der Straße. Die in Berlin ansässige „Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe e.V.“ ermittelte letzstens insgesamt 678.000 Wohnungs- und Obdachlose in Deutschland, gegenüber dem Vorjahr ein Anstieg um rund 4%, vor allem bei den Geflüchteten. Das waren die letzten Zahlen und sie steigen.

41.000 von ihnen „lebten“ auf der Straße. Ihnen wird ein Menschenrecht vorenthalten, die Wohnung, der private Raum. So ist der öffentliche Raum ihr Freiraum, oder er erscheint jedenfalls so. Denn wie frei sind sie, um einen Schlafplatz in einer Toilette suchen zu müssen? Wobei das doppelt absurd ist, dass diese Toiletten jedem Menschen zugänglich, also öffentliche Orte sind, die der Obdachlose als privaten Raum nutzen will aber nicht kann. Er hat keinen Freiraum, weder draußen noch drinnen. Freiraum kann nur der haben, der Privatraum hat. Es ist das gleiche, wie mit dem Menschenrecht, an das die menschliche Existenz gebunden ist. In der Coronazeit wurde es noch absurder, gleich unmenschlicher, als gegen die Hotels

ein Beherbergungsverbot erlassen wurde, statt die Obdachlosen bei ihnen unterzubringen. So hätten die einen ihr Gewerbe und die anderen einen Raum gehabt.

Es gibt keinen öffentlichen ohne privaten Raum. In Köln haben vor zwei Jahren rund 40 Obdachlose, darunter polnische und rumänische Wanderarbeiter, ein leerstehendes städtisches Gebäude in der Marktstraße besetzt. Sie haben damit einen ersten Schritt zur Wahrnehmung ihrer Menschenrechte getan, sie erkämpften sich „Wohnraum“. Erst wollte die Stadt räumen lassen, übrigens trotz Corona, aber dank Unterstützerbewegung wurde das verhindert. Kurz darauf beschloss der Stadtrat aufgrund des öffentlichen Drucks eine Resolution, die die Räumung aussetzte und dem Projekt eine Alternative in einem anderen städtischen Haus zusichert. Das haben sie inzwischen in der Gummersbacherstraße, jedenfalls ein Teil von ihnen. Aber auch hier sollen sie jetzt wieder raus.

Chlodwigplatz, Marktstraße, Gummersbacherstraße – das sind nur Orte auf einem Stadtplan. Zugleich aber markieren sie einen anderen Stadtplan, eine Stadt von unten.

Martin Stankowski, Autor in Köln (und Taufpate 1968 bei AMOS)

Lesehinweis: Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe e.V., Sicherstellung bedarfsgerechter Hilfen für Frauen in einer Wohnungsnotfallsituation, Juni 2019 (www.bagw.de, info@bagw.de)

Lesetipp

Ralf Piorr / Peter Hesse (Hg.)

„Immer wieder aufstehn“

Herne 2022, adhoc-Verlag, 106 S., viele Fotos, ISBN 978-3-9814087-8-2

Mit diesem verheißungsvollen Titel kommt eine dicke Broschüre aus Herne in die Öffentlichkeit: „Die neue Stadt Herne 1980–1989“ ist der Untertitel, und es geht gleich richtig gut los mit dem Titelbild: streikende Menschen, vor allem Frauen, vor den Blaupunktwerken fordern „Verhandlungen gegen Lohndiktat“.

Solche Worte hat man lange nicht gesehen, und die Herausgeber Ralf Piorr und Peter Hesse haben in die Text- und Fotosammlung aus einem bewegten und bewegenden Jahrzehnt gegriffen, um die Ruhrgebietsstadt Herne zwischen Untergang und Aufbruch erleben zu lassen.

Ausgehend von der Zechenstilllegung und dem Sterben weiterer Betriebe in der Stadt werden Wirtschaft, Jugend, Arbeit und Freizeit im Umbruch in vielen Artikeln einheimischer Autoren und mit vielen Bildern gezeigt. Musikgruppen, Protestversammlungen, Jugendzentren, Migrantengeschichten, Politikgrößen, Basisbewegungen – alles kommt in Herne vor und trägt zu einem historisch nicht allzu fernem Zeitbild bei, das typisch für das Revier ist und in den Stadtteilen von Herne und Wanne gesammelt wurde. Die Menschen der Anti-Atom- und Friedensbewegung kommen genauso vor wie die Versuche der Stadt, Flickschusterei zu verbrämen, und wie rebellische Stadtzeitungen.

In dem Aufsatz über das „Brockenhaus“ sind beispielhaft alte Schwarzweiß-Fotos gesammelt, die das rebellisch-kommunitäre Leben der Jugendlichen zeigen. Eine Bewohnerin wird zitiert: „Die Parole ‚No Future‘ war ja nicht depressiv gemeint, sondern trotzig und auch wütend. Wir hatten Spaß am Leben. Wir wollten eine Zukunft, nur nicht diese! Es war in Herne auch trostlos, alles war so grau. Deshalb waren wir der bunte Fleck.“

Das Buch bietet einen wunderbaren Rückblick auf das Revier und seine Bewegungen – und manche Parolen und Analysen gelten noch heute. Bestellbar beim adhoc-Verlag und Ralf Piorr: info@adhoc-verlag.de

Rolf Euler

Knut Unger

Für andere Zeitenwenden:

Mieten deckeln, Wohnraum umverteilen, Wohnungskonzerne vergesellschaften!

Es wird immer ungemütlicher: Neben dem globalen Klima, der globalen Sicherheit oder der globalen Finanzarchitektur befinden sich auch die Wohnverhältnisse fast überall in einer Dauerkrise. Nicht nur in New York oder Berlin, auch in Dortmund und Witten wird das Wohnen für immer mehr Menschen unerschwinglich. Wenn die gestiegenen Wohnkosten nicht mit Wohngeld, Bürgergeld und anderen Sozialleistungen mehr schlecht als recht subventioniert würden, hätten wir Massenobdachlosigkeit, Unruhen, Aufstand. So aber haben wir die schleichende Aushöhlung eines sozialen Grundrechts.

Auch im Ruhrgebiet sind die Mieten und die Wohnkostenbelastungen für viele Menschen in den letzten Jahren enorm gestiegen. Und zwar nicht erst seit dem Gaspreisschock. Das Angebot an bezahlbaren Wohnungen reicht für die zunehmende Anzahl kleiner Haushalte nicht aus. Aber auch Familien mit Kindern und begrenztem Einkommen finden nur schwer Wohnungen, die bezahlbar und groß genug sind, – vor allem, wenn sie einen „Migrationshintergrund“ haben. Syrische Familien wohnen zu fünft bei Vonovia auf 75 Quadratmetern. Das Kindergeld geht für eine Miete drauf. Die ist vielleicht doppelt so hoch wie die der Rentnerin nebenan, der nach der Miete aber auch nicht viel von ihrer Rente bleibt.

Die Wohnungsnot im Ruhrgebiet hat kein einheitliches Gesicht. Die einen fürchten, auf der Straße zu landen oder frieren, um Heizkosten zu sparen. Für die besitzende Mittelschicht besteht das Problem eher darin, dass die aktuelle Generation keine bezahlbaren Baugrundstücke für neue Eigenheime findet.

Aber auch unter den Mietenden gibt es starke Unterschiede und die machen sich nicht nur an der Klassenlage fest. Wer schon lange in der gleichen Wohnung lebt und zusätzlich das Glück hat, bei einer sozial orientierten Vermieterin oder Genossenschaft zu wohnen, muss nur geringe Grundmietensteigerungen verkraften. Wer aber nach dreißig Jahren Miete bei Frau Schmitz eine Eigenbedarfskündigung ihrer Erben erhält, dem droht der soziale Abstieg. Wohnungssuchende müssen Monopolpreise zahlen, die weit über dem örtlichen Durchschnitt liegen. Weil dem so ist, ziehen auch Menschen, denen die bisherige Wohnung eigentlich zu groß geworden ist, nicht um. Und wenn sie es doch tun, werden die freiwerdenden Wohnungen viel teurer wiedervermietet. Jeder Umzug löst eine Erhöhungskaskade aus.

Willkommen im Mietenwahnsinn!

In Wirklichkeit ist es noch schlimmer, weil weitere Beschleuniger hinzukommen. Zum Beispiel sind die Sozialwohnungen aus dem Vereinigungsboom bald abgezahlt und fallen damit aus den Sozialbindungen. Heißen ihre Eigentümer Vonovia, LEG oder Fond X werden die Mieten auf einen Schlag um 20% erhöht, bei Neuvermietungen um 40% und mehr. Besonders im Ruhrgebiet haben die Mietpreistreiber freie Bahn. Weil die Landesregierung die Wohnungsmärkte

hier immer noch nicht für „angespannt“ hält, gelten meist weder die Verordnung zu der Miethöhen-Kappungsgrenze auf 15% in drei Jahren noch die „Mietpreislöscher“ für Neuvermietungen.

Die Dynamik des gespaltenen Anbietermarktes wird zusätzlich durch die an der Ruhr besonders bedeutenden börsennotierten Wohnungsunternehmen angetrieben. Konzerne wie Vonovia, LEG, Grand City & Co. sind



zuvörderst den Renditeinteressen ihrer Anleger verpflichtet und schütten bis zu 45 Prozent ihrer Mieteinnahmen als Dividenden aus. Das gelingt ihnen nur, weil sie für die Verwaltung billig

optimierte Roboter einsetzen und die Mieten in ihren zahlreichen Wohnungen überdurchschnittlich stark erhöhen. In Witten liegen die Angebotsmieten von Vonovia und LEG meist 30 bis 40 Prozent über dem Bestand. Die renditeorientierten Anbieter von Massenwohnungen treiben die Mieten und Renditeerwartungen des gesamten Marktes.

400.000 Wohnungen wollte die amtierende Bundesregierung jährlich neu bauen, davon 100.000 Sozialwohnungen. Es ist die einzige bedeutend aussehende Antwort der Ampel auf das Wohnungsmarktversagen. Und sie ist schon im Anlauf gescheitert. Aus ökologischer Sicht hat das Scheitern sogar seine guten Seiten: Wir können nicht jedes Jahr eine neue Großstadt bauen, nur um die asoziale Fehlverteilung des Wohnraums vorübergehend auszugleichen. Die Reduktion der Wohnungspolitik auf den Neubau führt zu einem endlosen Umweltverbrauch.

Das aber heißt: Wir brauchen eine radikal andere Wohnungspolitik! Es müssen die Verteilung, die Bewirtschaftung und die Erneuerung des gesamten Wohnungsbestandes strikt am Gemeinwohl ausgerichtet werden. Und dies kann nur gelingen, wenn die Mieten konsequent gedeckelt, Wohnraum sozial umverteilt, nachhaltig bewirtschaftet und demokratisch verwaltet wird.

Artikel 14 Grundgesetz verpflichtet das Eigentum auf den Dienst am Allgemeinwohl. Und für die Wirtschaftsbereiche, in denen das nicht klappt, hat uns das Grundgesetz Artikel 15 an die Hand gegeben. Die Gesetzgeber können souverän entscheiden, Grund und Boden sowie die Produktionsmittel der Immobilienfinanzindustrie in das Gemeineigentum oder eine andere Form der Gemeinwirtschaft zu überführen.

*Knut Unger ist Sprecher des MieterInnenvereins Witten (mvwit.de). Es ist außerdem u.a. bei den kritischen Immobilienaktionär*innen aktiv (mieteraktionarin.de). Einige weiterführende Texte von Knut Unger bei: rosalex.de/dossiers/wohnen-ist-ein-menschenrecht*

Knut Unger

Zeitenwenden und Sondervermögen

„Wir erleben eine Zeitenwende. Und das bedeutet: Die Welt danach ist nicht mehr dieselbe wie die Welt davor“, sagte Bundeskanzler Scholz am 27.2.2022 im Bundestag. Das war drei Tage nach dem Überfall Putins auf die Ukraine. Scholz brachte auch gleich eine Antwort mit: Die Aufrüstung der Bundeswehr mit Hilfe einer in Windeseile durchgesetzten Grundgesetzänderung zur Schaffung eines 100 Mrd. Euro umfassenden, an der Schuldenbremse vorbei kreditfinanzierten Schattenhaushaltes, genannt „Sondervermögen“.

Ein einmaliger, nie dagewesener Akt? Nein! Die Auflage von Schattenhaushalten und Sondervermögen zur Krisenintervention ist keine neue Erfindung. Als Reaktion auf die frühere Zeitenwende „Finanzmarktcrash“ wurde 2008 der Finanzmarktstabilisierungsfonds Soffin geschaffen. Er sollte angeschlagene Banken retten. Großunternehmen, die aufgrund der doch auch zeitenwendenden Corona-Pandemie in die Krise gerieten, wurden ab 2020 mit dem Wirtschaftsstabilisierungsfonds gestützt, der zeitweise über Kreditermächtigungen von 400 Mrd. Euro verfügte. Inzwischen dient der Fonds auch der Finanzierung der Energiekrise-Maßnahmen der Bundesregierung, also der Abfederung der Ukraine-Krieg-Folgen.

Als Krisenreaktion auf die noch umfassendere Zeitenwende des Klimas wurde 2010 der vor allem aus dem CO₂-Emissionhandel finanzierte „Energie- und Klimafonds“ geschaffen. Er wird inzwischen Klima- und Transformationsfonds genannt und verfügt über Rücklagen in Höhe von knapp 79 Milliarden Euro. Mit Ausgaben von in diesem Jahr 36 Milliarden Euro werden unter anderem energetische Modernisierungen im Gebäudebereich, die Weiterentwicklung der Elektromobilität, der Aufbau der Wasserstoffindustrie, aber auch Strompreiskompensationen finanziert.

Eine auffällige Gemeinsamkeit der in den letzten zwanzig Jahren aufgelegten Sondervermögen besteht darin, dass sie vorrangig der marktorientierten Krisenintervention dienen. Eine Ausnahme bildet der im Jahr 2009 nur für kurze Zeit aufgelegte „Investitions- und Tilgungsfonds“ (ITFG). Mit ihm wurden vor allem kommunale Investitionen gefördert, allerdings nur im begrenzten Umfang von 10 Mrd. Euro.

Im Grunde aber kann man auch an den Förderempfängern eine fundamentale „Zeitenwende“ ablesen: In der alten Bundesrepublik dienten Sondervermögen vor allem als Haushalts- und Trägerrahmen für infrastrukturelle Daueraufgaben im öffentlichen Eigentum, wie Post und Bahn, oder zumindest als revolvingende Fonds zur Kreditfinanzierung, so wie in NRW das bis 2009 bestehende Landes-Sondervermögen für den sozialen Wohnungsbau. Im Unterschied zu den heutigen Fonds waren diese Vermögen durch „reale Werte“ in Form von technischen Infrastrukturen, Grundstücken, Gebäuden, Produktionsmitteln und Mietzahlungen „gedeckt“. Bei guter Verwaltung und Instandhaltung wäre es zu einem dauerhaften öffentlichen Vermögenszuwachs gekommen, den wir für den

sozialökologischen Umbau heute sehr gut gebrauchen könnten. Stattdessen aber wurde diese öffentliche Infrastruktur erst kaputtgespart und dann nach 1990 privatisiert und den Finanzmärkten zur Ausschlichtung überlassen. Mit der Folge, dass nun ein Krisenfonds nach dem anderen aufgelegt werden muss, um die Privatwirtschaft zu stabilisieren. Die über sie vergebenen Mittel fließen nicht mehr vollständig zurück in die öffentlichen Haushalte, sondern schränken ihre Handlungsfähigkeit auf Dauer ein.

Seit dem letzten Jahr wurde das Extra-Budget der Bundeswehr von verschiedenen Verbänden zum Anlass genommen, auch für Gesundheit und Soziales umfangreiche Sondervermögen ins Spiel zu bringen. Das bundesweite Bündnis „Soziales Wohnen“ (Mieterbund, Baugewerkschaft, Sozial- und Branchen-Verbände) forderte im Januar ein Sondervermögen in Höhe von 50 Milliarden Euro bis 2025 für die Förderung des Sozialen Wohnungsbaus. Dieser führt aber bekanntlich nur zu zeitweisen sozialen Bindungen. Der Vorschlag geht kaum über den Ruf nach Subventionierung der Privatwirtschaft für noch mehr Bauwahn hinaus.

Was wir stattdessen brauchen, ist ein Budget für die Re-sozialisierung der finanzierten Mietwohnungswirtschaft. Aus ihm müsste zunächst die im Grundgesetz vorgesehene, deutlich unter dem Verkehrswert liegende Entschädigung für die Vergesellschaftung der über 1 Million Konzernwohnungen finanziert werden. Sie wären der Grundstock für ein dauerhaftes Sondervermögen in der Form einer neuen, demokratischen Wohnungsgemeinwirtschaft. Diese würde auch neu bauen, vor allem aber die Klimaertüchtigung und gerechte Verteilung des Wohnungsbestandes in Angriff nehmen.

Knut Unger s. vorherige Seite

Lesetipp

Sam Moore, Alex Roberts

Außen grün, innen braun – wie Rechtsextreme Klimakrise und Naturschutz für ihre Zwecke benutzen

München 2022, Oekom, 208 S., ISBN: 978-3-96238-384-8

Der Originaltitel „The rise of Ecofascism. Climate change and the far right“ wäre der Übersetzung der brisanten und hochaktuellen Veröffentlichung gerechter geworden. Zu besetzt sind diese politischen Farbkodierungen in Deutschland mit Parteien. Hier aber geht es um Ideen- und Organisationsgeschichte der Rechten im Allgemeinen. Die englischen Wissenschaftler und Antifaschisten Moore und Roberts beleuchten die Ideengeschichte, Netzwerke und AkteurInnen der extremen Rechten in der Historie der Ökologiebewegung. Sie gehen besonders auf die Entwicklungen der letzten Jahre ein und zeigen auf, dass sich mit der Klimakrise ein weit größeres Spektrum aus der extremen Rechten aufgemacht hat, sich dem Thema Ökologie anzunehmen, und beginnt, eine reaktionäre, rassistische Antwort auf die drängenden ökologischen Fragen der Zeit zu geben. Wer glaubt, die Ökologiebewegung sei per se eine sozial-gerechte, emanzipatorische und solidarische Bewegung, sollte sich dieses Buch zulegen und sich über die Einflüsse der extremen Rechten in diesem politischen Feld informieren. Allzu verlockend, da kompatibel, erscheinen die Lösungen der extremen Rechten zum Klimawandel für kapitalistische Regierungen, neoliberale Ökonomien und das rohe Bürgertum. Die hier ökologisch geframten Lösungen laufen auf Rassismus, Ausbeutung und Diktatur hinaus.

Heiko Koch

Andreas Knie

Der Laternenparker von Bremen.

Die Gesellschaft muss erstreiten, welchen Raum der Autoverkehr einnehmen soll.

Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom April 2021 war eine deutliche Kritik an der Klimapolitik der Bundesregierung: Deren Klimaschutzgesetz von 2019 gehe nicht weit genug, es müssten deutlich mehr Maßnahmen zur Reduktion der CO₂-Emissionen eingeführt werden. Die Regierung reagierte und kündigte bis 2030 alleine im Sektor Verkehr Einsparungen von 58% der Klimagase an.

Tatsächlich steigt der Anteil des Verkehrs an den CO₂-Emissionen stetig an – inzwischen stellt er fast ein Drittel aller Klimaemissionen. Ebenfalls unverändert wirksam ist die Straßenverkehrsordnung, die nicht nur die Optimierung des Autoverkehrs zum obersten Ziel hat, sondern auch das Abstellen von privaten Fahrzeugen auf öffentlichen Flächen als Gemeingebrauch absichert. Parallel treibt der Bund die Umsetzung des Bundesverkehrswegeplans weiter voran. Bis 2030 sollen noch mehr als 300 Mrd. Euro verbaut werden, mehrheitlich für den Straßenbau. Busse und Bahnen sind bei diesen Fördertatbeständen genauso wie das Fahrrad im wahrsten Sinne an den Rand gedrängt.

Als Resümee am Ende des Jahres 2021 kann festgehalten werden, dass die Förderung des – privat oder gewerblich genutzten – Autos nach wie vor den Mittelpunkt der Politik darstellt. Busse und Bahnen sind im Konzept der staatlichen Daseinsvorsorge kaum mehr als ein Alibi.

Wie kann diese Politik verändert werden? Wer auf den parlamentarischen Weg setzt, braucht einen langen Atem. Ich möchte hier einmal eine andere Strategie vorstellen: die der kontrollierten Grenzüberschreitungen. Im Grunde ist das ein Muster, das sich spiegelverkehrt auch entdecken lässt, wenn man fragt, wie es zur gegenwärtigen Situation kam. Schon in den 1950er und 1960er Jahren in Westdeutschland waren die Gerichte entscheidende Akteure bei der Modernisierung des Landes. Nur dass sie damals eine stärkere Autoförderung anforderten. Und voran ging eine gesellschaftliche Praxis.

Das lässt sich schön zeigen am in der Rechtsgeschichte berühmten „Bremer Laternenparker-Urteil“ aus dem Jahr 1966: Ein Bremer Kaufmann hatte seinen Kleinlastwagen, mangels eines geeigneten privaten Stellplatzes, abends und am Wochenende einfach am Straßenrand abgestellt und war deshalb mehrfach von den Bremer Ordnungskräften abgemahnt worden. Er tat es dennoch immer wieder, beendete also das nach Sicht des Bremer Senats illegale Abstellen seines Fahrzeuges keineswegs. Die Kontroverse dauerte beinahe zehn Jahre, bis schließlich das Bundesverwaltungsgericht dem Kaufmann Recht gab. Es erlaubte das Parken von Autos auf öffentlichen Flächen.

Dieses Urteil des höchsten Verwaltungsgerichtes ist nichts weniger als die nachträgliche juristische Legitimation einer vorherigen Praxis, die nach geltendem Recht eigentlich einen Rechtsverstoß darstellte. Das Gesetz aber wird damit als nicht mehr in die Zeit passend gewertet.

Was bedeutet das für die heutigen Transformationsprozesse?

Im Jahre 2021 könnte hieraus nun genau der umgekehrte Prozess abgeleitet werden. Das neue Staatsziel heißt **Klimaschutz – und zwar jetzt und sofort!** Dem steht allerdings eine Reihe von geltenden Regelungen im Wege.

Hier könnte die Strategie der kontrollierten Grenzüberschreitungen ansetzen. Wenn beispielsweise eine Kommune in Deutschland damit begänne, im dicht besiedelten Stadtkern den Parkraum für private Autos mit dem Argument abzuschaffen, dass zur Erreichung der höchsttrichterlichen Klimaziele die Privilegien des privaten Autos auf öffentlichen Flächen eingeschränkt werden müssen. Begleitet würde die Abschaffung der Parkplätze mit dem Verweis, dass damit mehr Raum geschaffen werden kann für alternative Verkehrsangebote, die den Klimazielen besser gerecht werden.

Wenn sich aber keine Kommune findet, könnten die öffentlichen Parkplätze von Bürger:innen einfach mit anderen Gegenständen wie Fahrrädern, Rollern oder Stühlen und Tischen für die Gastronomie oder andere Gewerben „besetzt“ werden. Seit dem Beschluss, die Klimaziele als Staatsziele zu legitimieren, könnten sich die Begründungsmuster verändern.

Die Zahl der Autos könnte also auf genau dem Wege reduziert werden, wie sie vor Jahrzehnten explodierte: durch eine Besetzung der Straße durch die Öffentlichkeit.

Prof. Dr. Andreas Knie (geb. 1960 in Siegen) ist seit 1988 Politikwissenschaftler am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung – WZB – und lehrt an der TU Berlin. Im Benehmen mit ihm kürzte AMOS seinen Beitrag aus WZB-Mitteilungen, Heft 174, Dez. 2021, S. 36–38. Der gesamte Text steht auch auf der Homepage AMOS-Zeitschrift/Wichtige Texte Nr.127. Das o.g. höchsttrichterliche Urteil im Bremer Laternenparker-Prozess hat das AZ: BVerwG IV C 2.65.

Lesetipps...

zur Rückeroberung des öffentlichen Raumes:

Susanna Schaller

Business Improvement Districts and the Contradictions of Place-making

University of Georgia Press, 2019

s. auch ihren Artikel auf S. 13 in diesem Heft

Jeroen Beekmans and Joop de Boer

Pop-up City: City-Making in a Fluid World

Amsterdam, Netherlands: BIS, 2014

Mike Lydon and Anthony Garcia

Tactical Urbanism: Short-Term Action for Long-Term Change

Washington, DC: Island Press, 2015

Zu Tactical Urbanism als Markenzeichen ('brand') s. den **Kommentar von Anthony Garcia, 2017: <https://www.cnu.org/public-square/2017/02/16/great-idea-tactical-urbanism>**

Interview Robert Steuteville mit Mike Lydon and Anthony Garcia (Februar 2017), dt. Übersetzung auf: <https://europa.blog/de/tactical-urbanism-eine-aktivierende-und-begeisternde-methode/>

Janette Sadik-Khan

Street Fight: Handbook for an Urban Revolution

Viking Harbor Hardcover, 2016

s. auch den Lesehinweis in der Autorenanzeige von Stefan Hochstadt

Stefan Hochstadt

Wem gehören die Straßen?

Heute ist die Straße praktisch und juristisch eine Autostraße. Doch zu Beginn der Motorisierung mussten sich die Autofahrer (Frauen saßen damals fast nie am Steuer) allen anderen Verkehrsteilnehmer:innen unterordnen, weil das Prinzip der Sorge um die Schwächsten dominierte. Auch gehörte der größere Teil des Straßenraums allen. Doch in Deutschland und auch anderswo wurden die Gesetze und Verordnungen immer mehr zum Mittel der Durchsetzung von Privilegien der Autos und ihrer Halter:innen. Heute beanspruchen PKW – egal ob fahrend oder stehend – den größten Teil des öffentlich verfügbaren Raums. Menschen, die nicht mit dem PKW unterwegs sind, müssen sich strengen Regeln unterordnen. Diese Regeln werden „verkauft“ als Schutz dieser Menschen, dabei ist das Gegenteil der Fall: Erst über die Durchsetzung der Vormachtstellung des PKW wurden Maßnahmen notwendig, um Schaden von den Schwächsten abzuwenden.

Über die Jahrzehnte haben Autofahrer:innen gelernt, dass die Straße ihnen gehört. Sie haben sich so sehr an diesen bequemen Umstand gewöhnt, dass ihnen dieses Privileg gar nicht mehr gewahrt ist. Sie glauben tatsächlich – und werden darin immer wieder von politischen Parteien und Interessenverbänden bestärkt –, dass es „normal“ sei und jede Änderung an diesem Umstand zu ihren Lasten erstens ungerecht und zweitens unmittelbar zu allerlei Nachteilen mindestens des ortsansässigen Einzelhandels, wenn nicht gleich zum Untergang der gesamten freien Welt führe.



Zeichnung: Wolfgang Kastner

Auch wenn es eine überwältigende Zahl von empirischen Befunden gibt, die mit sehr validen Zahlen das genaue Gegenteil nahelegen, hält sich die Mär von der „gleichberechtigten Praxis“ und der Abhängigkeit unserer Gesellschaft vom Auto.

In Essen ist all das gut zu besichtigen: Seit Jahren behauptet die Stadt, sie habe die Absicht, die katastrophale Verteilung der Wege auf die verschiedenen Verkehrsträger (Fachjargon „Modal Split“) zu ändern. Das Ziel ist ein Anteil von 25% an allen Wegen für Auto, ÖPNV, Fuß- und Radverkehr. Der Fortschritt seit Ausrufung dieses Zieles vor inzwischen beinahe fünf Jahren bis heute beträgt ... Null. Der PKW wird nach wie vor für 55% der Wege genutzt. Würde man nicht nur Binnenverkehre, sondern auch solche Wege einbeziehen, die nicht in Essen beginnen oder enden, wäre das Ergebnis noch erschreckender.

Auch wenn die Radverkehrsinfrastruktur langsam, ganz langsam besser wird, ist Essen von einer Verkehrswende noch Lichtjahre entfernt.

Das liegt auch daran, dass interessierte Gruppen alles dafür tun, die sog. Verkehrswende so zu gestalten, dass der PKW auf keinen Fall irgendwie seine Privilegien verliert. Ein gutes Beispiel ist die unaufgeforderte Mitteilung der Verwaltung Ende des letzten Jahres, von der seit 2020 gegebenen Möglichkeit keinen Gebrauch zu machen, die Halter:innen von PKW stärker an den Kosten für die Nutzung des öffentlichen Raums zu beteiligen.

In Essen bleibt das Abstellen des PKW im öffentlichen Raum also weiterhin oft kostenlos. Wo ein besonderer Parkdruck herrscht und daher eine sog. Bewohnerparkzone eingerichtet wurde, kostet das Abstellen des PKW für Bewohner:innen schlappe 30,- Euro im Jahr – unabhängig davon, ob ich einen Kleinwagen oder ein Riesen-SUV fahre bzw. abstelle. Zum Vergleich: Das Abstellen eines Rads in einem der wenigen Fahrradhäuschen kostet um die 100,- Euro.

Als wäre das nicht schon unfair genug, wird diese Regelung vom „konkurrierenden“ Ordnungsdezernat konsequent unterlaufen, indem schlicht nicht kontrolliert wird, wer mit welcher Berechtigung wo parkt.

Soll irgendwo in der Stadt eine Straße neu organisiert werden und sollen dabei Stellplätze entfallen, gehen die Gegner:innen aber sofort steil. Da werden in der Bilanz ganz selbstverständlich auch „geduldete“ Stellplätze gezählt, als ob der nicht sanktionierte Rechtsbruch zur Legalität führe. Dabei ist allein der Umstand, dass von „geduldeten“ PKW-Stellplätzen die Rede sein kann, ohne dass das befremdlich klingt, ein guter Hinweis auf eine total aus dem Ruder gelaufene Debatte.

Kurz und gut: Eine Verkehrswende kann NUR gelingen, wenn die Privilegien des PKW (und hier wurden nur ganz wenige angesprochen, es gibt sehr viel mehr) konsequent abgeschafft, mindestens jedoch beschnitten werden. Dies zu sagen, erfordert politischen Mut, den in Essen offenbar niemand hat. In Städten, in denen dies anders ist (Wien, Kopenhagen, Amsterdam – um nur drei populäre Beispiele zu nennen), haben am Ende alle davon profitiert.

Eine Verkehrswende ist notwendig und sie ist möglich – aber sie muss sich ehrlich machen und den Halter:innen und Nutzer:innen von PKW sagen, dass die Zeit der Privilegien zu Ende geht. Zugleich ist eine gesellschaftliche Debatte darüber zu eröffnen, wie wir die neu bzw. wieder gewonnenen Räume nutzen wollen. Fangen wir damit an. Jetzt!

Stefan Hochstadt, der es immer noch nicht aufgegeben hat, in Essen für die Verkehrswende zu streiten – auch wenn das oft genug an den legendären Windmühlenritt erinnert. Städte im benachbarten Ausland zeigen, dass es geht. Doch auch dort ist noch viel zu tun, vgl. dazu das wunderbare Buch von Thalia Verkade und Marco te Brömmelstroet: Movement – how to take back our streets and transform our lives (Scribe Publications, 2022, 288 S. ISBN-10: 1922310794, ISBN-13 : 978-1922310798).

Andreas Kemper

Privatstädte. Eine Warnung

In dieser Ausgabe von *AMOS* ist die Rede vom Interessengegensatz des Rechts auf Stadt zum Wohnen, Leben und demokratischer Gestaltung und damit konkurrierender Kapital- und Profitinteressen. Ich befasse mich hier mit den mehr oder weniger konkreten Utopien fanatisierter Kapitalismusideolog*innen, die sich selber „Marktlibertäre“ oder „Anarchokapitalisten“ nennen und selbst noch den Begriff „neoliberal“ für sich ablehnen.

Entstanden ist diese Bewegung jeweils mit den Krisen des Kapitalismus, was sich an der Familie Friedman ablesen lässt. Im Zuge der Weltwirtschaftskrise in den 1920ern entstand die neoliberale ‚Mont Pelerin Society‘, an der Milton Friedman und seine Chicagoer Schule von Beginn an mitwirkte. Mit der Wirtschaftskrise Anfang der 1970er Jahre wurden dessen Vorschläge Staatsideologie zunächst mit den Chicago-Boys in Chile unter dem Diktator Pinochet, dann unter Margaret Thatcher und Ronald Reagan. Sein Sohn David Friedman strebte derweil eine fanatischere Variante des Neoliberalismus an: Es ging nicht mehr um Privatisierungen und Abbau des Sozialstaats, sondern um eine totale Ersetzung des Staates durch Privatunternehmen: Bildung, Gesundheit, Polizei, Gerichte, ... alles sollte privatisiert werden. Für Demokratie, Arbeiter*innenrechte oder Antidiskriminierung wäre in einer solchen Privatrechtsgesellschaft, wie sie der deutsche Vordenker Hans-Hermann Hoppe nennt, kein Platz mehr. Im Gegenteil, Hoppe sieht die Demokratie mit ihren „Parasiten“ als Hauptfeind.

Mit der Weltwirtschaftskrise 2008 wurden nicht nur Bezahlmittel wie Bitcoin aus der Taufe gehoben, sondern auch Umsetzungen dieser Privatrechtsgesellschaften mittels der Errichtung von Privatstädten konkretisiert. Der Sohn vom „Anarchokapitalisten“ David Friedman und Enkel von Milton Friedman, Patri Friedman, erhielt dazu vom Trump-Unterstützer Peter Thiel mehrfach Millionen Dollar. Da aktuell kein Umsturz auf nationaler Ebene in Sicht sei, wird versucht, auf lokaler Ebene autonome ‚Jurisdiktionen‘ zu errichten, Städte, in denen die kompletten Rechtsangelegenheiten in der Hand von Privatstadtunternehmen und Privatversicherungen liegen.

Erste Ansätze gab es nach dem rechten Putsch in Honduras. Vorangetrieben wird es auch von Patrick Schumacher, der nach dem Tod von Zaha Hadid zum Chef ihres renommierten Architekturbüros in London wurde und der explizit den Neoliberalismus radikalieren und Arbeiter*innenrechte abbauen will. Vorangetrieben wird dies auch vom deutschen Architekturbüro LAVA und vom Privatstadtunternehmer Titus Gebel, der in den Projekten von Honduras involviert ist und auch auf anderen Kontinenten Privatstädte plant. Man „gehe auf ärmere Staaten“ erklärt Gebel. Die Verhandlungen erfolgten unter Ausschluss der Öffentlichkeit, die Privatstadtunternehmen würden in befreundeten Staaten gegründet, die Investitionsschutzabkommen besäßen. Würde dann die Öffentlichkeit erkennen, was dort geplant sei und mit demokratischer Mehrheit das Projekt rückgängig machen wollen, griffen die Inves-

tionsschutzabkommen, wie aktuell in Honduras. Der jetzt linken Regierung von Honduras wird mit Entschädigungszahlungen in Höhe des halben Bruttoinlandsprodukts gedroht, sollte sie die Privatstadtprojekte beenden wollen.

Inzwischen geht es nicht mehr nur um einzelne Projekte. Der Tech-Investor Bajal Srinivasan kämpft für die Errichtung eines radikalkapitalistischen ‚Network State‘: Zunächst soll im Internet Geld gesammelt werden, dann sollte überall Land gekauft und in einem dritten Schritt dieses Land als Flickenteppich eines neuen souveränen Staates anerkannt werden.

Auch das „Brexit-Brain“ Shanker Singham fordert die Fokussierung der Weltwirtschaft auf ein Netzwerk einzelner Städte mit rechtlich autonomen Handels ‚autobahnen‘. Dieses Konzept entwarf Singham, der auch am Entstehungsprozess des honduranischen Privatstadtprojekts beteiligt war, zusammen mit Daniel A. Gottschald, der eine Investorenkonferenz der ‚TU München international‘ für das honduranische Privatstadtprojekt ‚Próspera‘ durchführte. Die Technische Uni München hat sich aus den Privatstadtprojekten zurückgezogen, doch Gottschald ist nun Geschäftsführer der ‚TUM Campus Heilbronn gGmbH‘, also am Bildungscampus der ‚Dieter Schwarz Stiftung‘, auch ‚LIDL-Campus‘ genannt. Der Schwerpunkt liegt auf Familienunternehmens- und Virtualitätsforschung. Hier ergäben sich Smart City- bzw. Privatstadtbezüge.

Die größte Gefahr sehe ich jedoch derzeit in der Entstehung von privatisierten ‚Refugee Cities‘ in Folge der Klimakatastrophe.

Der Privatstadtunternehmer Titus Gebel arbeitet jetzt mit dem Pass-Händler Christian Känli zusammen. Känlis Unternehmen Henley&Partners organisiert quasi für den Staat Malta die Pass-Vergabe. Die ermordete maltesische Journalistin Daphne Caruana Galizia hatte u.a. kritisch zu diesem Pass-Handel gearbeitet (s. <https://www.woz.ch/1804/presse-freiheit/inseln-paesse-und-eine-staatskrise>). Gebel trat im Dezember für Känlis Andan-Foundation bei einer EU-Konferenz auf und empfahl dem griechischen Minister für Asyl und Migration die Schaffung von „Refugee-Cities“ als entpolitisierte Privatstädte.

Es wird immer krasser.

*Andreas Kemper ist freischaffender Soziologe und engagiert sich gegen Bildungsbenachteiligung von Arbeiter*innenkindern und Klassismus. Er recherchiert zu rechten Netzwerken und Ideologien, warnte als erster mit einer Buchpublikation vor der AfD und entlarvte Björn Höcke als „Ludolf Laddig“. Zur Zeit arbeitet er zu den Privatprojekten der sog. „Libertarians“ und zu antifeministischen Adelsnetzwerken.*

Lesetipp dazu

Andreas Kemper

Privatstädte. Labore für einen neuen Manchesterkapitalismus
Münster 2022, Unrast Verlag, ISBN: 978-3-89771-175-4

Marianne Bosshard

Das Kreuz mit der Buche

Dort, wo drei Straßen eine Kreuzung bilden, steht seit Hundert Jahren eine Buche: gerade der Stamm, mit einem Umfang von 2½ m, gleichmäßig gewachsen die Krone, im Winter eine Skulptur von schwarzen Ästen, im Sommer ein dichtes Blätterdach, das einen wunderbaren und kühlen Schatten wirft. Natürlich dienen die Blätter als Filter für Bakterien, Pilzsporen, Staub, und durch Photosynthese geschieht genau das, was wir alle wollen und brauchen: Zum Eigenbedarf nimmt die Buche CO₂ auf, um daraus und mit Hilfe von Chlorophyll durch Photosynthese ihre Lebensgrundlage, den Zucker, zu bilden, und kostbarer Sauerstoff, den wir dringend zum Atmen brauchen, wird frei.

Die Buche soll gefällt werden! Warum?

Die nahe Eisenbahnbrücke muss erneuert werden, und so gab es Geld für ein Bahn-Straßen-Projekt und mit der Bahn wurde ein Vertrag abgeschlossen. Aber, wurde da nicht eine Rechnung ohne den Wirt gemacht? Die Stadt meint allerdings, dass sie der gute Wirt ist, der alles für seine Bürger tut, und dass die Rechnung stimmt, denn sie prüft die Gesetzeslage und die Richtlinien, hat nach Recht und Gesetz entschieden.

Aber das sieht ein Wirtekollektiv anders, Menschen, die im Schatten dieser Buche oft schon seit vielen Jahren leben, mit ihr befreundet sind, sie in allen Jahreszeiten erlebt haben, die wissen, wie sie blüht und Früchte trägt, wissen ob es ein Mastjahr oder ein mageres Jahr ist, die wissen, welche Tiere mit diesem Baum leben, die immer wieder den Stammumfang messen, kurz: Wirte, die diesen Baum sehr gern haben und ihn als Dauergast zu schätzen wissen und ihm, aber auch den Bewohnern der Stadt, etwas Gutes bieten möchten.

Oder ist die Buche die eigentliche Wirtin, der dieser Platz gehört, die Menschen und Tiere einlädt als Gäste in ihre Krone, in ihren Stamm, in ihren Schatten? Die seit hundert Jahren an diesem Platz lebt, Zeugin des Lebens, Zeugin von Krieg und Frieden, Zeugin vom Auf und Ab der Menschen, die in ihrem Umkreis leben?

Ich kenne jemanden, der lebt schon 47 Jahre lang mit dieser Buche. Eine Lebenspartnerin, die zu seinem Leben gehört. Sie ist für ihn und seine näheren und weiteren Nachbarn so wichtig, dass sie als Schutz einen Bürgerring um sie herum gebildet haben. 1.200 Unterschriften in einer Woche! Sie beobachten den Verkehr an dieser Kreuzung, sie informieren sich bei der Polizei über Unfälle, sie treffen sich zu Bürgerversammlungen, zu denen sie die Politiker einladen. Warum?



Verkehrssicherheit, Gutachter, Schleppkurven, Bus-Bus-Begegnungen, Richtlinien, richtlinienkonforme Sichtbezüge, nein, keine offizielle Unfallhäufungsstelle – dennoch dringender Handlungsbedarf, terminliche Zwangspunkte, Eisenbahnbundesamt, klassifizierte Kreisstraße, Planungsvereinbarung...

Der Bürgerring schließt sich enger und wirkt auf Außenstehende stur, sodass der Gutachter empfiehlt, den Bürgern die Planung zu erläutern und dafür einen unabhängigen Moderator einzusetzen und in einer sachlichen Diskussion die Vielschichtigkeit der Problematik darzustellen.

Ja, das Problem ist vielschichtig: Ganz unten liegen das Geld und angeblich nicht mehr rückgängig zu machende Verträge; darüber liegt die Schicht von Richtlinien, mit denen, allerdings nach jahrzehntelanger Nichtbeachtung, gewinkt wird; dann kommt ein Geheimnis: warum wurde die schon vor längerer Zeit von der Baumkommission gemachte Ablehnung einer Fällung der Buche, weil sie, trotz des allgemeinen Buchensterbens in den Wäldern, so schön, vital und gesund, Stadtbild prägend und CO₂-speichernd ist, nicht ernst genommen? Wer konnte etwas dagegen haben? War sie jemandem ein Dorn im Auge und warum? Weil sie so vital, schön und gesund ist? Weitere Schichten: Nicht wissen, dass dieser Baum einen großen Beitrag im Kampf gegen den Klimawandel leistet. Nicht wissen wollen, was es heißt, mit so einem Baum zu leben. Hatten die Ratsherren und -Damen in ihrer Kindheit keinen Baum, auf dem sie ihre Freizeit verbrachten? Oh, und da ist noch eine Schicht: Scham? Schande? Angst, etwas rückgängig zu machen wegen neuer, besserer Argumente? Mit der Deutschen Bahn wegen Verkaufs angrenzenden Geländes mit Hinweis auf die wertvolle Buche neu zu verhandeln? Den Bürgern statt Tempo 30 Tempo 20 abzuverlangen? Ein Signal vor der gefährlichen Kurve aufzustellen? Warum hören wir nur von Ämtern und nicht von Menschen, die etwas entscheiden?

Ich hatte vor kurzem einen Traum: Es war heiß, der Asphalt der Straße dampfte. Da stand die Buche mit ihrem schönen Schatten. Ich eilte auf sie zu. Was war da? Eine Bank unter dem Baum, und darauf saßen die Oberbürgermeisterin mit ihrem Kind und ihr Vertreter. Saßen? Sie hatten sich fest geklebt. Ich schaute nach oben: Tatsächlich saßen, nein, klebten mindestens zehn Ratsmitglieder da oben. Alle zusammen riefen: „Keine Fällversuche bei unserer alten Buche!“ Über eine Strickleiter kletterte ich hoch, fand einen bequemen Platz, klebte mich fest und sang mit.

Dr. med. Marianne Bosshard, Ärztin für Psychotherapeutische Medizin/ Psychoanalyse, als Pensionärin vom meist unauffälligen Blühen der Laubbäume fasziniert, und zu der Gewissheit gelangt, dass man in einer Stadt ohne Laubbäume nicht leben kann! – Ein Ergebnis meines Aufstiegs in die Baumkronen ist das Buch: „Die Sexualität der Bäume und die Liebe zu und unter ihnen“, erschienen 2016 im Verlag Kessel (330 S., ISBN: 9783945941188). Eine Stadt ohne Laubbäume – das geht gar nicht!

Susanna Schaller / Elizabeth Nisbet

Beispiel New York: Neoliberale Stadtentwicklungs- und Wohnungs-Politik

Was bedeutet es, das „Recht auf Stadt“⁽¹⁾, das Recht auf Leben in der Stadt überhaupt in Anspruch nehmen zu können?

Eine Studierende der City University of New York (CUNY) erklärte, wie sie die rasante Gentrifizierung ihres Viertels erlebte, und erläuterte das von dem französischen Philosophen Henri Lefebvre entwickelte Konzept als den Anspruch, dass „Bewohner, die in dem verlassenem und abgeschriebenen Stadtviertel gekämpft haben und sich auch unter Opfern dafür engagiert haben, es wieder zum Leben zu erwecken, das Recht auf Bleiben im Stadtteil haben sollten, statt von besser gestellten Menschen von außen daraus vertrieben zu werden.“

Das Recht auf Stadt ist ein Recht auf gemeinschaftliches, nachbarschaftliches Engagement und auch auf die Möglichkeit, Wurzeln im urbanen Leben zu haben und zu erhalten. Leider erzielt die neoliberale Stadt- und Wohnungspolitik in New York, die über Jahrzehnte hinweg betrieben wird, genau das Gegenteil.

Gentrifizierung

Für diese oben zitierte Studierende, selber woman of color mit Wurzeln in New York, und für ihre Nachbarschaftsgemeinschaft ist das Recht auf Stadt systematisch untergraben worden.

Ihre Geschichte, wie die vieler New Yorker, ist geprägt von Desinvestition, dem Zerfall der Nachbarschaft, sowie von Engagement und Selbsthilfe in Initiativen – in einem Kontext einer seit den 1970er Jahren verfolgten Politik der Privatisierung der Stadtentwicklung samt der öffentlichen Dienstleistung.

Die Schäden am sozialen und kulturellen Gefüge städtischer Nachbarschaften, die sie erwähnt, sowie die andauernden Segregationsprozesse (Rassentrennung) nicht nur in New York sondern in vielen Städten in den Vereinigten Staaten, sind leider durch gezielte Stadtplanungspolitik und Wohnungspolitik entstanden. Diese Stadtentwicklung mit ihren historisch rassistisch geprägten demografischen Verdrängungsprozessen ist von einer neoliberalen Stadterneuerungs- und Wohnungspolitik sowie Planungspraxis weiter verschärft worden.

New York City gilt als das „ikonische“ Exemplar der Neoliberalisierung. Seit den späten 1990er Jahren und besonders mit der Wahl des Milliardärs Michael Bloomberg zum Bürgermeister ist propagiert und administriert worden: die „Aufwertung“ des urbanen Raums, mit dem Ziel des profitablen Wachstums der Immobilienwirtschaft. Das erfolgt mithilfe der Umwidmung der Flächennutzungspläne und der Erstellung neuer Bebauungspläne (in New York wird deren Kombination *Rezoning* genannt), sowie mit neuen bezirksbasierten Steuerungsinstrumenten⁽²⁾, um Investitionen anzulocken. Dabei ermöglicht die „Öffentliche Hand“ die Erneuerung von

sog. „sanierungsbedürftigen“ Nachbarschaften, in denen bisher die wirtschaftlich Schwächeren und besonders People of Color gelebt haben. – Seit Ende der 1990er Jahre entfesselte eine Doppelstrategie in New York die weitere Reduktion des bezahlbaren Wohnraums und löste gleichzeitig eine Spekulationsdynamik aus. Das geschah einerseits durch die Lockerung der in 1969 eingeführten Mietregulierung, andererseits durch Umwidmungs- und Bebauungspläne.

Spekulative Profitmaximierung

Im Blick auf die bestehenden Mietshäuser gibt es zwei Spekulationswellen: „Die erste Welle ereignete sich zwischen 1995 und 2007, als laut Daten des Furman Center der durchschnittliche jährliche Verkaufspreis von Mietshäusern in New York City in jedem Bezirk außer Staten Island um fast 400 Prozent stieg.“⁽³⁾ Die nächste Welle, die in 2010 nach der Finanzkrise anschwellte, erwies sich auch als extrem profitabel für Investoren in New York City, mit „Preisverdoppelungen für Mietshäuser in vielen Nachbarschaften.“⁽⁴⁾

Gebäude werden neu finanziert, wenn sie sich als stark rentabel darstellen können; dafür werden Gebäude runtergewirtschaftet und einkommensschwache Mieter vertrieben. Sobald ein Rezoning von der Stadt signalisiert und rufbar wird, beginnt bereits die Steigerung der Bodenwerte. Dies zieht das Spekulationspotenzial zur Profitsteigerung an. Oft werden dann Mietwohnungsgebäude gebündelt von Real Estate Investment Trusts (REITs), Private-Equity-Unternehmen bzw. Hedgefonds aufgekauft. Einem Bericht zufolge hat seit 2010 ein enormes Wachstum in solchen GmbHs – sog. LLCs – für Investitionen von Mietwohngebäuden in New York stattgefunden. Diese Eigentumsform verschleiert, wer in dieses Immobilienmarktsegment investiert.⁽⁵⁾ Besonders „gefährdet“ von dieser Dynamik sind in New York City die Arbeiterviertel, wo „Schwarze, Latinx, Asiaten und Immigranten“ leb(t)en.⁽⁶⁾

Um die Rezoning-Pläne bei der Bevölkerung schmackhaft zu machen, spricht die Politik von „Steigerung des Angebots und der Nachfrage“ auf dem knappen Wohnungsmarkt. Die Rolle der Öffentlichen Hand sei es, für die Bereitstellung der Rahmenbedingungen zu sorgen, um „private“ Investitionen und Entwicklungsgesellschaften zu animieren, mehr Wohnungen zu bauen.

Um „bezahlbaren“ Wohnraum zu schaffen, kreierte die Bloomberg-Regierung in New York einen Bonus⁽⁷⁾: somit durfte eine für Bauplanung betreffende Fläche um 33 Prozent erweitert werden, wenn dabei 20 Prozent „bezahlbarer“ Wohnraum eingeplant würde; das galt als freiwilliger Bonus. Der linkspopulistische Bürgermeister Bill de Blasio hat in 2016 diesen freiwilligen Bonus in einen obligatorischen umgewandelt⁽⁸⁾: dieser sollte die Baugesellschaften dazu zwingen, bezahlbare Wohnungen zu bauen, aber die Kriterien, für das was „bezahlbar“ ist, sind so gesetzt, dass die meisten Menschen

in den betroffenen Vierteln diese erhöhten Mieten gar nicht bezahlen können, weil sie Teil der schon historisch benachteiligten Bevölkerung mit sehr niedrigen Durchschnittseinkommen sind. Gleichzeitig führt in solchen Vierteln die Errichtung neuer, oft deutlich als „Luxus“ vermarkteter Wohnungen zu einer weiteren verstärkten Verteuerung der existierenden Wohnungen und zu einer generellen Gentrifizierung der Stadt.

Wir sehen hier einen globalen Trend in der Profit-gesteuerten neoliberalen Stadtentwicklungs- und Wohnungsbaupolitik.

⁽¹⁾ Lefèbvre, Henri. „Le Droit à la Ville.“ L’Homme et la société Année 1967 6 pp. 29-35 (https://www.persee.fr/doc/homso_0018-4306_1967_num_6_1_1063)

⁽²⁾ z.B. Tax Increment Financing Districts, Opportunity Zones

⁽³⁾ Hornbach, C. & O. Mironova & S. Stein & U. Jacob. Community Service Society. 2020. “Corporate Windfalls or Social Housing Conversions? The looming mortgage crisis and the choices facing New York,” p. 8.

https://smhttp-ssl-58547.nexcesscdn.net/nycss/images/uploads/pubs/Foreclosure_Report_V111.pdf

⁽⁴⁾ Hornbach, et. al. 2020, p. 9.

⁽⁵⁾ Stoval, A. and S. Rabyiah, Just Fix Report. 2022. “The Corporatization of NYC Real Estate: A 20-year look at trends in property sales data, housing policy, and its intersections with displacement.” <https://medium.com/justfixorg/corporatization-of-nyc-real-estate-83e2bf191b73>

⁽⁶⁾ Hornbach, et. al. 2020, p. 8.

⁽⁷⁾ Voluntary Inclusionary Housing Program

⁽⁸⁾ Mandatory Inclusionary Housing Program oder MIH

Dr. Susanna Schaller, Associate Professor, Urban Studies and Planning, The City College of New York/City University of New York, in Köln aufgewachsen, als Teenager nach Washington, D.C. ausgewandert, bringt so eine Doppelperspektive in ihre Forschung ein. 2019 erschien ihr Buch *“Business Improvement Districts and the Contradictions of Placemaking”*. In ihrer Forschung untersucht sie die Dynamik von Inklusion und Exklusion in urbanen Umstrukturierungsprozessen.

Dr. Elizabeth Nisbet, Associate Professor of Public Policy, John Jay College/City University of New York. Ihre Forschung konzentriert sich auf Bemühungen zur Schaffung einer gerechteren öffentlichen Politik in US-Bundesstaaten und Städten und hat untersucht, wie Städte die Rolle privat finanzierter Organisationen bei öffentlichen Dienstleistungen und Gütern regulieren.

Susanna Schaller

placemaking – tactical urbanism

Placemaking ist zu einem sich rasant verbreitenden Trend der Urbanistik geworden. Placemaking soll die Entwicklung von lebenswerten Orten und Städten und so auch das wirtschaftliche Wachstum von Städten fördern. Die Ansätze zielen auf die städtische Um- oder Neugestaltung und konzentrieren sich insbesondere darauf, die Stadt wieder Fußgänger-gerecht zu machen, die Mobilität-Fahrrad-Wende zu unterstützen und interessante Orte zum längeren Verweilen in urbanen Freiräumen zu schaffen. Tactical, Pop-up oder Guerilla Urbanism sind Kernstrategien des offiziellen Placemaking-Repertoires geworden.

Tactical oder Guerilla-Urbanism, wie New Yorks ehemalige Verkehrsdezernentin es in ihrem Buch *Street Fight (2016)* nennt, leistet wertvolle Arbeit in der städtischen Umgestaltung im Sinne der Mobilitätswende und kann, wie im Fall New York, von Stadtregierungen erfolgreich eingesetzt werden, um die Opposition bestimmter Interessen und „obsoletes Denken“ zu überwinden. So ließ die Verkehrsdezernentin Teile des Broadways mit grüner Farbe anmalen und setzte bewegliches Stadtmobiliar ein, um die Straße dem Autoverkehr zu entziehen und den Menschen als Aufenthaltsort zurück zu geben. Hier erkennt man natürlich den Einfluss Jane Jacobs, die den Bürgersteig sowie die Straße als abstrakte Räume erkannte, die von uns Menschen über unsere alltägliche Nutzung Bedeutung annehmen. Da sich die Umgestaltung in kürzester Zeit bewährte, überwand die Stadt Gegenstimmungen und leitete eine neue Ära der Verkehrsplanung ein.

Die Wurzeln dieser Form der „partizipativen“ Planung oder des Bürgerengagements in der Gestaltung des urbanen Lebens reichen zurück in die Protestbewegungen der 1960er und 70er Jahre. So haben z. B. Michael Lydon und Anthony Garcia (2015 USA), sowie Jeroen Beekmans and Joop de Boer (2014 Niederlande), aus der Basisdemokratie entwickelte Ideen als Methode der Urbanistik „gebrandet“: den schnellen Einsatz nicht dauerhafter und kostengünstiger Materialien, um den öffentlichen Raum, aber auch private Orte, wie Geschäftsflächen, für einen neuen Zweck oder neue Nutzung umzugestalten. Diese Gestaltungsideen können so vorab von

Bewohnern/Besuchern/Benutzern überprüft werden, bevor größere Investitionen in eine permanente Lösung versenkt werden.

Die Berater, die den heutigen „taktischen“ Urbanismus verbreiten, stehen also auf den Schultern vieler anderer, z. B. dem intellektuellen und aktivistischen Erbe der Bürgerrechtler*innen in den USA, die aber große Risiken eingingen, um sich eine grundlegende Wohnbarkeit und somit auch einen sozialen Lebensraum in ihren Vierteln zu erkämpfen. Das heutige Placemaking fungiert aber leider auch als Strategie der Aufwertung und Gentrifizierung, da sie generell nicht an gezielte Strategien gekoppelt wird, die dazu beitragen könnten, eine bezahlbare Stadt zu sichern. Dennoch sollte Nachhaltigkeit die soziale und wirtschaftliche Komplexität fördern, d.h. eine Placemaking-Politik zu entwickeln, die eine Stadt schafft, in der einkommensschwächere Stadtbewohner, aber auch der Kleinhandel und mittelständische Firmen sich halten können. – Henri Lefèbvres Aufruf zu einem „Recht auf Stadt“ ging ja eigentlich als Appell an die Arbeiterklasse, für sich ein Recht auf ein würdiges urbanes Leben einzufordern.

Tactical Urbanism privilegiert private Akteure, die sich für eine Umgestaltung der Stadt einsetzen wollen, umgeht aber die Frage, was passiert, wenn Leute eigenständig ohne offizielle Sanktionierung in die Gestaltung des Stadtlebens eingreifen, um zum Beispiel die Gentrifizierung aufzuhalten. Es ist problematisch anzunehmen, dass alle Stadtbewohner die gleiche Fähigkeit haben, sich aktiv ohne behördliche Zustimmung an dieser Art von taktischem Urbanismus zu beteiligen ohne hohe persönliche Risiken einzugehen. Dies gilt insbesondere für die Vereinigten Staaten, wo die Wiederschaffung der lebenswerten Stadt und die Aufwertung von innerstädtischen Orten, die jahrzehntlang der Desinvestition ausgesetzt wurden, auch eng mit diskriminierenden Strategien der Sicherheitskontrolle des öffentlichen Raumes verbunden sind.

Tactical, Pop-up und Guerilla-Urbanism sind eine Methode, schnelle, kostenniedrige Gestaltungsmöglichkeiten zu testen, um sie dann mit wahrscheinlich größerer Akzeptanz umzusetzen. Sie garantieren aber nicht, dass diese Methode unbedingt eine gerechtere oder nachhaltigere Stadt fördert.

Dr. Susanna Schaller, s. vorigen Artikel

Robert Bosshard

Seelentransplantation

Geht es nun tatsächlich endgültig zu Ende mit meiner Stadt? – Zunächst wurde noch, nach dem Zusammenbruch der sie begründenden Schwerindustrie, zu ihrer Rettung per Organspende eine Neue Mitte implantiert. Die funktioniert noch momentan. Aber um der Gefahr einer lokalen Abstoßung dieses lebensverlängernden Centro's entgegenzuwirken, wurden alle zur Verfügung stehenden städtischen Mittel gebündelt in diese Maßnahme investiert, was die Kommune, umgerechnet auf die Einwohnerzahl, zur höchst verschuldeten Stadt Deutschlands macht (falsch! es gibt noch Gelsenkirchen obendrauf). Also mussten sämtliche irgendwie geldbar zu machenden öffentlichen Werte umgehend verscheuert werden. Auch sind die zum künstlichen Herz der Stadt führenden Hauptadern durch die neue Beanspruchung brüchig geworden, sodass sich Thrombosen bilden und das feinadrigere Versorgungsnetz der Peripherie austrocknet und zum Teil zusammengebrochen ist. Dies verursachte im Lauf der Jahre, dass schier alles städtische Leben in privat verwaltete Zonen abgewandert ist, was im Grunde nicht schlimm wäre, da nun einfach dieselben umsatzorientiert zusammengewürfelten Handelsketten und Monopolmarken, die zuvor die alte Fußgängerzone verunstalteten, nun im Einkaufszentrum sitzen, aber der Transfer (von der prozesshaft an den betroffenen Bürgern sich reibenden Öffentlichkeit ... in die Privatheit einer von Werbefachleuten synthetisch programmierten Konsummaschine) bewirkt mittlerweile, dass ganze Stadtmitten und traditionelle Vorortzentren wie verdorrte Zweige total am Boden sind, der städtische Geist weggeblasen auf löchrigen Asphaltstraßen vergammelt, und die Bewohner sich ängstlich in ihre Privathäuser und -wohnungen zurückgezogen haben. Da hilft kein noch so geiler Zierschmuck, wie der mit Landesmitteln denkmalgeschützte Gasometer oder das in Übergröße von der Emschergenossenschaft dazugegebene Kinderspielzeug Slinkybrücke ... überhaupt, was passiert, wenn dann auch das künstliche Herz ausgesetzt wird? Eigentlich wäre doch schade, wenn wir nicht schon vor dem Tod dieser Stadtkonstruktion den Umgang mit deren Nachlass bedacht hätten, anstatt erst dann uns zu fragen: Wohin mit dem Mist?

Die noch erhaltene Industriestadt ist rußig beschlagen, warum auch nicht. Ein mittelmäßiges historisches Museum, das massiv in Backstein gebaute Rathaus, der sogenannte Behrensbaum und ein beschriftetes Eisenheim, sie alle bezeugen einen gewissen Stolz auf die gehabte Geschichte. Auch erinnern einzelne Spuren, dass die städtische Struktur ursprünglich quasi ungeplant, wie Muscheln angesaugt an Fabrikatoren und Fördertürme, ihre Form gefunden hatte. Oft auch durchsetzt mit Gärten, damals um den Bewohnern zu ermöglichen, die Hungersnöte in den Konjunkturlauten mittels Selbstversorgung zu überstehen. Nicht schlecht, aber Produktionszwänge haben ein Netz sperriger Werksbahnen, Wasserkanäle, Energieleitungen und Straßentrassen über die verstreuten Siedlungen hinweg gelegt, also die Ortsteile von den Arbeitsplätzen abgespalten, Verwaltungen gekappt und Gebietsreformen erzwungen, absolut entgegen dem Bedürfnis der Bewohner nach räumlicher Identität. Es muss der

wachsende materielle Wohlstand sein, die verbesserten privaten Möglichkeiten zur Selbstverwirklichung, verbunden mit einer gewissen Lohnführerschaft, was den Vorortbewohnern ihr Umfeld, nun Pendler- und Schlafstädte geworden, offenbar irgendwie erträglich macht. Aber offensichtlich wächst zugleich im querulatorischen Gefühl persönlichen Ungesichertseins die Angst vor der Zukunft, die sich als bedrohlicher Ruf nach autoritär gesteuerter Neuordnung äußert. Die Übernahme dieses städtischen Erbes wird sich als schwere Bürde erweisen (dazu die Schulden und die materielle Altlast). Zuallererst wird sich also die Frage stellen, wie kriegt man überhaupt die verschreckt ins Private verflüchtigte Bevölkerung wieder aus ihren kleinfamiliären Schlupflöchern in den Stadtraum zurück? Jeder städtische Alltag lebt von der Lebendigkeit charakteristischer Nischen, vom Sound des hörbaren Geplauders vor Hauseingängen, der Straßenrestaurants, des Lärms vom Schulhof, aber auch von der Optik, welche die diversen Figuren im Stadtraum abgeben, wenn sie sich in Vorgärten, Hinterhöfen, auf Parkbänken oder beim Flanieren entlang der Auslagen begegnen. Hierfür wird eine gründliche Dekonstruktion der städtischen Administration vonnöten sein, vielleicht auf der Basis von Blockchain-Technologien (ich weiß nicht, ob das so richtig geschrieben ist, auch nur ungenau, ob sowas das Richtige wäre), voll transparent und urdemokratisch jedenfalls, wie ursprünglich vom Internet erhofft. Derartige Verfahren werden aufzeigen, wie viele leerstehende Etagen, Werkstätten und Ladenlokale, subventioniert als Lockmittel von der Stadt, zehntausenden Neubürgern, Gründern, Einwanderern, Wohnungslosen, Künstlern und Kleinunternehmern angeboten werden können, um zusammen mit den Einheimischen die nächste Generation lokaler Urbanität, demonstrativ mit dem Friedensplatz als die soziale Alte Mitte, angeboten werden können!

Robert Bosshard, wohnt in Oberhausen.

Impressum

Herausgeber:

AMOS e.V. c/o Rolf Euler
Cäcilienhöhe 32
45657 Recklinghausen
E-Mail: amos-ev@web.de

Redaktionsadresse:

AMOS c/o Hartmut Dreier
Schumannstr.6, 45772 Marl
Tel: 02365-42076
E-Mail: dreier.mar@freenet.de

Internet: <http://amos-zeitschrift.de>

E-Mail: redaktion@amos-zeitschrift.de

Konto: AMOS IBAN: DE31 4305 0001 0033 3001 20 | BIC: WELADED1BOC

ISSN 1615 - 3278

Erscheinungsweise: 1 x vierteljährlich

Herausgabe & Redaktion: Wolfgang Belitz, Unna | Robert Bosshard, Oberhausen | Robina Cronauer, Herten | Hartmut Dreier, Marl | Rolf Euler, Recklinghausen | Friedrich Grotjahn, Bochum | Rolf Heinrich, Gelsenkirchen | Stefan Hochstadt, Essen | Hans Hubbertz, Recklinghausen | Ute Hüttmann, Marl | Jürgen Klute, Wanne-Eickel | Carl-D.A. Lewerenz, Bochum | Marion Lillig, Recklinghausen | Axel Lippek, Bochum | Anna Musinszki, Dortmund | Rebekka Scheler, Bochum | Hermann Schulz, Wuppertal | Peter Strege, Dortmund | Renate Wangelin, Bochum

Schwerpunktthema verantwortlich: Hartmut Dreier, Rolf Euler

Endredaktion/Layout: Axel Lippek

AMOS Schriftzug: Jochen Stankowski

Titelbilder 1983–2019: Manfred Walz

Druck: Halterner Druckerei GmbH

www.halternerdruckerei.de

Einzelpreis: 5,00 €

Papier: chlorfrei gebleichtes Papier

Abo-Preis: 20,00 € jährlich inkl. Versand

AMOS kooperiert mit dem elektronischen Nachrichtendienst „iley.de“ (Leipzig).

Jürgen Klute

Wohnen in Wien –

Was die Bundesbauministerin von den Wiener Parteigenossen lernen könnte

Der soziale Wohnungsbau existiert in der Bundesrepublik nur noch als Restgröße, die Wohnbaupolitik ist weitgehend dem Markt überlassen. Folglich steigen die Mieten vor allem in den Ballungsgebieten in schwindelerregende Höhen, dennoch sind Wohnungen in schlechtem Zustand.

Ein Blick ins Nachbarland Österreich, nach Wien, zeigt, wie es anders und besser laufen kann. Wien gilt weltweit als eine der Städte mit der höchsten Lebensqualität und der fortschrittlichsten Wohnbaupolitik. Die Wiener Wohnbaupolitik blickt auf eine 100-jährige Geschichte zurück. Sie entstand nach dem ersten Weltkrieg und zielte darauf, ein Übergreifen der russischen Revolution auf Österreich zu vermeiden, indem die katastrophale Wohnsituation des Großteils der damaligen Arbeiterfamilien in Wien schnell und wirksam verbessert wurde.



DAMIT AUS DEM
NEBENEINANDER EIN
MITEINANDER WIRD

Kern dieser Wohnbaupolitik ist ein starkes kommunales Engagement. Ca. 25% der Einwohnerinnen wohnen in Wohnungen, die im Eigentum der Stadt Wien sind, ca. 20% in Genossenschaftswohnungen, und ca. 33% wohnen in privaten Mietwohnungen, die teilweise mit staatlicher Förderung gebaut wurden. Gefördert werden sowohl gemeinnützige als auch gewerbliche Bauträger. Eine staatliche Förderung begründet allerdings eine unbefristete Sozialbindung.

Bewusst verzichtet die Stadt Wien auf so genannte Fehlbelegungsabgaben. Dieser Verzicht ist ein wesentliches Instrument, um Ghattobildungen zu verhindern.

Ein weiteres entscheidendes Instrument der Wiener Wohnbaupolitik ist ihre aktive Grundstücks politik. Die Stadt Wien verfügt über eine hohe Zahl von Grundstücken, um Spekulationen mit Bauland zu unterbinden.

Das zentrale Instrument zur Planung und Realisierung von Wohnbauprojekten ist der „wohnfonds_wien“, der 1984 als gemeinnützig tätige Organisation gegründet wurde und der als Koordinationsstelle zwischen Bauträgern, Hauseigentümern und Magistratsabteilungen fungiert.

Bei Wohnbauprojekten bis 300 Wohneinheiten steuert der so genannte Grundstücksbeirat des „wohnfonds_wien“ die Planung und Realisierung. Bei Projekten mit mehr als 300 Wohneinheiten schreibt der „wohnfonds_wien“ einen Bauträgerwettbewerb aus, an dem sich Projektteams aus Architekten und Bauträgern mit Entwürfen und Kalkulationen beteiligen können. Eine Jury entscheidet dann über die eingereichten Vorschläge. Bei der Bewertung sind vier Kriterien relevant: Soziale Nachhaltigkeit, Architektur, Ökonomie und Ökologie. Mit diesem Verfahren bei der Planung und Realisierung von Wohnbauprojekten zielt die Stadt Wien auf die Sicherung hoher Qualitätsstandards im Wohnungsbau.

Zur Wohnbaupolitik gehört in Wien auch die Entwicklung von für unterschiedliche Bedarfe ausgelegten Wohnungstypen. Dieses Programm läuft unter dem Namen „Smart Wohnungsprogramm“.

Ein ebenfalls wichtiges Element der Wohnbaupolitik ist, dass kommunale Baubestände grundsätzlich nicht privatisiert werden.

Schließlich betreibt die Stadt Wien eine so genannte sanfte Stadterneuerung, die gezielt Mieter-orientiert angelegt ist. Das heißt, die Wohnungen und Wohnanlagen werden kontinuierlich gepflegt und modernisiert. Die Mieter und Mieterinnen werden frühzeitig über entsprechende Maßnahmen informiert und sie werden in die Planungen einbezogen.

Für diese sanfte Stadterneuerung gibt es ebenfalls ein spezielles Förderprogramm. Auf diese Weise wird erreicht, dass Wohnungen, Gemeinschaftseinrichtungen (Waschküchen, Sportanlagen, etc.) und die Grünanlagen um die Häuser herum auf einem hohen Niveau erhalten bleiben und

nicht verwahrlosen.

Außerdem haben die Mieter einen sehr hohen Rechtsschutz und ihnen stehen entsprechende Beratungsstellen zur Verfügung. Diese Beratungsdienste für Mieter, die kontinuierliche Instandhaltung und Modernisierung sowie die Verwaltung der Wohnanlagen schaffen etwa 30.000 Arbeitsplätze.

Das Ergebnis dieser Art von Wohnbaupolitik sind bezahlbare Mieten für alle! Die Warmmiete pro Quadratmeter liegt in der Regel unter 10 Euro – so der Stand vor der europäischen Energiekrise.

Hier zeigt sich, dass die Wiener Wohnbaupolitik etwas anderes als sozialer Wohnungsbau nach deutschem Muster ist. Der Wiener Wohnbaupolitik geht es generell um hohe Wohnstandards zu bezahlbaren Mieten für alle Mieter und nicht nur um eine halbwegs akzeptable Unterbringung von Menschen mit niedrigeren Einkommen, an denen sich dann in der Regel die Bauträger bereichern.

Dieses Ziel wird erreicht trotz eines derzeitigen Zuzugs von jährlich ca. 200.000 Menschen, der wohl bis 2025 auf diesem Niveau bleiben wird. Denn die Wiener Wohnbaupolitik reagiert nicht erst im Nachhinein, sondern sie ist vorausplanend angelegt.

Die bundesdeutsche Politik könnte also einiges über Wohnbaupolitik in Wien lernen. Natürlich ist eine 100 Jahre alte Wohnbaupolitik nicht einfach von Wien auf die Bundesrepublik übertragbar. Aber von der Politik wäre doch zu erwarten, dass sie sich genau zu dieser Herausforderung Gedanken macht.

Jürgen Klute, Pfarrer i.R., ehem. MdEP und Mitglied der AMOS-Redaktion, befasst sich seit einigen Jahren mit dem Wiener Wohnungsbaumodell.

Wilhelm Neurohr

Wem gehört die (geteilte) Stadt?

In AMOS 2|2014 wurde schon einmal unter der Überschrift „Wem gehört die Stadt?“ hinterfragt, ob die Stadt wirklich allen Bürgerinnen und Bürgern gehört oder nur denjenigen, die sich auf den Beutezug in die Städte begeben. Damit ist nicht nur der folgenschwere Raubzug der großen kommerziellen Wohnungskonzerne gemeint, nachdem die meisten Städte auch im Ruhrgebiet ihren städtischen Wohnungsbestand mit- samt den Bewohnern an private Wohnungskonzerne (wie dem Dax-Unternehmen Vonovia & Co. mit 2,6 bis 3 Mrd. € Jahresgewinn) verscherbelt haben, die ihren Wohnungsbestand vernachlässigen aber die Mieten erhöhen. Gemeint ist jedoch vor allem auch die ungleiche Aufteilung des Stadtgebietes für die Stadtbewohner untereinander, die zumeist kaum im Bewusstsein ist. Denn damit wird auch die immer größer werdende Kluft zwischen Arm und Reich städtebaulich verstärkt.

Schon seit Jahrzehnten haben sich die Städte in sträflicher Weise vom sozialen Wohnungsbau weitgehend verabschiedet und auch die Ruhrgebietsstädte haben sich stattdessen auf flächenzehrende Eigenheimsiedlungen für einkommensstarke Bevölkerungsschichten fokussiert.

In unseren Städten ist ein allgegenwärtiger Verteilungskampf zu beobachten, der zumeist zugunsten der stets obsiegenden Einkommensstarken und Vermögenden ausgeht, die sich mit dem Segen der Kommunalpolitiker und Stadtplaner die meisten und attraktivsten Flächen und Gebäude sowie die Infrastruktur angeeignet haben und die bevorzugten Standorte und „Filetgrundstücke“ für sich reklamieren – und damit den Löwenanteil vom Stadtgebiet und vom städtischen Haushalt für sich beanspruchen.

Die Städte und ihre Flächennutzungsanteile und Infrastrukturen sind systemisch nach Arm und Reich aufgeteilt, wobei mit Hilfe der Kommunalpolitik und ihrer Stadtplanung (mitsamt der städtischen Haushaltspolitik) die gehobene Mittelschicht stets am meisten vom städtischen Verteilungskuchen abbekommt, obwohl der Sozialstaat auf der Ebene der Kommune seine Wirksamkeit erweisen müsste. Doch stattdessen sorgen überwiegend die Ehrenamtlichen mit Suppenküchen, Flüchtlingsunterbringung und Arbeitslosen- und Obdachlosenhilfen sowie mit Bürgerinitiativen und örtlichen Klimaschutz- und Fahrradprojekten, mit „Bürgerbad“, Spielplatzpatenschaft usw. dafür, dass das Stadtleben für alle Bewohner überhaupt noch halbwegs funktioniert.

Die Ärmere zahlen für die Reichen

Die Hauseigentümer mit der Eigenheimförderung, mit Baukindergeld und Steuererleichterung werden auch seit jeher finanziell besser gestellt als die leer ausgehenden Mieterinnen und Mieter in der Stadt, die mit ihrem Wohngeldzuschuss (zur Sicherstellung ihrer Zahlungsfähigkeit) lediglich den Vermietern ihre oft hohen Mieteinnahmen absichern. Das kommt also wiederum den Immobilienbesitzern zugute; selbst wenn sie Pech haben und dann Sozialhilfe beanspruchen,

stehen sie sich als Immobilienbesitzer besser: Sie dürfen ihr Haus behalten, wenn es sich nicht um eine Luxusimmobilie handelt, während der Mieter seine etwas zu große Wohnung verlassen und sich verkleinern muss. Und es bezahlen sogar die Ärmere in ihren bescheidenen Mietwohnungen für die Reichen in den ausgedehnten Eigenheimsiedlungen den dort viel höheren Kostenaufwand für Straßenreinigung, Müllabfuhr, Grünpflege, Entwässerung, Kabelanschlüsse, ÖPNV-Anschluss usw. mit: denn die dafür erhobenen Gebühren der Stadt werden in den Satzungen in der Regel auf alle Stadtbewohner gleichermaßen umgelegt.

Die im jüngsten Oxfam-Bericht veröffentlichte Ungleichheit bei der Einkommens- und Vermögensverteilung spiegelt sich wie in einem Brennglas auch in der sozialen Situation vor Ort in unseren Städten und ihren Quartieren. Ähnlich wie weltweit bei der Klimaschädigung das reichste eine Prozent das Klima doppelt so stark schädigt wie die ärmere Hälfte der Welt, so wird auch in den Städten die lokale Umweltbeanspruchung und Klimaschädigung überwiegend von den Wohlhabenderen verursacht. Ohne eine umfassende Politik der sozialen und ökologischen Gerechtigkeit kommen also unsere geteilten Städte nicht wieder zu einer Stadtgesellschaft, die für alle Bewohner gleichermaßen lebenswert ist.

Der tägliche Verteilungskampf auch um die städtische Infrastruktur

Im Schatten umstrittener Bauprojekte für die Minderheit der Besserverdienenden, zugleich fehlender bezahlbarer Sozialwohnungen für die Vielen, spielt sich auch noch ein täglicher Verteilungskampf um die Ressourcen auch in unseren Revierstädten ab. Denn die Aufteilung geht bis hinein in den Bereich von Konsum und Kultur: Luxuriöse „Shopping malls“ mit Luxusläden für Besserverdienende im Zentrum; schließende Läden, Gaststätten, Poststellen und Sparkassenfilialen in den unterprivilegierten Wohnvierteln und Stadtteilen. Teure Hochkultur in den Großstädten wie Opernhaus, Theater, Konzertsaal für das Bildungsbürgertum, aber kaum Förderung der Breitenkultur und Laienkultur in den vernachlässigten, aber kreativen Milieus. Das Elite-Gymnasium nahe den Vierteln der Bildungsbürger, die Reste-Hauptschule oder Gesamtschule in den Vororten des städtischen Proletariats. Über sozial gerechte finanzielle Umverteilungen im städtischen Haushalt wird selten diskutiert. Wir haben es mit einer gespaltenen Stadt zu tun, die soziale Ungerechtigkeit und Ungleichheit verschärft, beginnend mit der Verteilung und Aufteilung der städtischen Ressourcen. Ein kommunalpolitischer Skandal, den es anzuprangern gilt, damit sich etwas zum Sozialen verändert in der Stadtgesellschaft – zugunsten ihres solidarischen Zusammenhalts.

Wilhelm Neurohr (71) war 40 Jahre lang als Stadt- und Regionalplaner im Ruhrgebiet tätig sowie in Bürgerinitiativen und arbeitet jetzt u.a. in der Arbeitsgruppe „Wohnen“ des Halterner Forums für Demokratie, Respekt und Vielfalt mit, um in Haltern die kommunalpolitische Blockade zu durchbrechen – für öffentlich geförderten Wohnungsbau und neue Stadtplanung.

Rolf Euler

Gehen statt fahren

„Krummes Holz – so nannte Immanuel Kant die Menschen.
Aufrechter Gang – das ist Ernst Blochs Bild für des Menschen noch
nicht erreichte, erst noch zu gewinnende Bestimmung...
Aufrechter Gang – das ist Leben in Sinnesgewissheit.
Krummes Holz – dem ist Sinn bezweifelt oder ganz aufgekündigt.
Wie kommt krummes Holz zum aufrechten Gang?“
(H. Gollwitzer, *Krummes Holz – Aufrechter Gang*)

Unsere jüngste Enkelin hat vor einigen Wochen mit 1 Jahr laufen gelernt. Mit welcher geradezu Genugtuung dieses Kind, das vor ein paar Monaten noch am liebsten im Tragetuch vor der Brust von Mutter oder Vater verweilte, jetzt sich durch die Wohnung bewegt, greift und schaut, blickt mehr von oben und nach vorn, fällt auf den Boden und steht wieder, erobert die Welt und den Weg zu seinen Eltern, zu interessanten Zielen: das ist immer wieder genial zu schauen. In unserer Bekanntschaft sind mehrere Enkel zwischen 1 und 2 Jahren, deren Fotos und Filmchen von ihren laufenden Errungenschaften zwischen den Großeltern geteilt werden – da ist der Stolz, dass mensch GEHEN KANN!

Und dann später? Sitzend an Computer und Tisch, in Auto und Bahn, angeschnallt im Auto oder Flugzeug, so verbringen wir hunderte von Kilometern – und wie viele werden wirklich gegangen?

Wer einmal morgens beim Brötchenholen vorm Bäcker in der Fußgängerzone die wartenden Autos gesehen hat, die möglicherweise mehr als einen Kilometer (!) gefahren sind, wird den Kontrast verstehen. Sage und schreibe vielleicht fünf Kilometer nehmen die Fahrenden unter die Reifen, um für ein paar Euro vorm Frühstück einzukaufen. Da ein übliches Fahrzeug für diese kurzen Strecken rund 12 Liter Sprit auf 100 km verbraucht, kommt dann ein guter halber Liter Benzin dazu. Es geht nicht allein um die direkten Kosten von vielleicht 1 Euro – es geht um die Frage, wo denn wirklich gespart wird an Benzin, Diesel und Feinstaub. Und wer die externen Kosten dieser Bröchentouren bezahlt.



Zeichnung: Wolfgang Kastner

In den Wanderregionen der Mittelgebirge, etwa Sauerland, Schwarzwald, ist das Wandern zwar wieder „in Mode“ gekommen, wird aber gestört durch die unheimlich wachsende Menge an elektrisch angetriebenen Mountainbikes, die jeden Anstieg „mit Leichtigkeit“ bewältigen. Auch hier die Frage nach dem Nutzen, dem Materialverbrauch, dem Energieverbrauch, dem Schaden für die Restnatur.

Zu Fuß gehen ist die Alternative. Dass Zu-Fuß-Gehen gesünder ist, hat sich eigentlich ja herumgesprochen. Aber es ist

auch die menschlich angemessenere Art der Fortbewegung. Von zu Haus einfach mal losgehen, ins Nachbarviertel, wo man vielleicht die Stadtentwicklung oder auch Fehlentwicklung sieht. Die Stadt mit anderen Augen sehen, gerade nicht in der Fußgängerzone. Bis zur Stadtgrenze, wo die eingehetzte Natur anfängt. Pflaster unter den Füßen, Platten, Asphalt, Kiesel – aber man merkt auch, wenn es raus geht auf die Wege, wo Gras und Erde noch Platz haben, was den Füßen besser tut.



Zeichnung: Wolfgang Kastner

Was es braucht, anstelle von 1,5 bis 2 Tonnen Auto, sind: gute Schuhe (am besten aus Leder – es sei denn, man geht barfuß) und leichte Kleidung, eventuell ein bisschen zu Trinken und zu Essen, falls es länger dauert...

Was es auch braucht, ist der Wunsch, das Gefühl des direkten Kontaktes zum Boden, zur Umwelt, zum Wetter – die Erde trägt uns bisher noch gut, wenn wir zu Fuß sind. Das ist die Lust, welche die kleinsten Kinder spüren, wenn sie laufen lernen, und was später verlernt wird, wenn es – für die Erwachsenen – bequemer ist, im Auto zu fahren und gefahren zu werden.

Gehen im aufrechten Gang zeichnet die Menschen aus, der aufrechte Gang stand dabei in direktem Zusammenhang mit der Entwicklung von Intelligenz. Vormenschen hatten die Hände frei und mehr Bewegungsspielraum, sowohl um an Nahrung zu kommen, als auch Nahrung und nützliche Dinge mit Werkzeugen zu bearbeiten. Solche Nahrung sorgte zudem dafür, dass die frühen Menschen Zeit gewannen, um sich anderen Dingen zu widmen, wie Strategien für das Jagen, Fertigkeiten zum Überleben, aber auch um soziale Strukturen weiter zu entwickeln.

Davon zehren wir Nachgeborenen für ein resilientes Leben in der Zukunft – geben wir den Enkeln auch die Chance.

Rolf Euler, gern zu Fuß oder mit dem Fahrrad unterwegs. Geht leider nicht immer, und die Stadt zu verändern dauert.

Dietrich Hüppe

Armut und Gesundheit am Beispiel Krebshäufigkeiten in Herne

Wer Herne nicht kennt: Herne liegt zwischen dem BVB im Osten und Schalke im Westen, nördlich vom VFL Bochum. Herne, durch die Kommunalreform (1975) mit Wanne-Eickel vereinigt, ist eine alte Bergbaustadt mit früher 11 Zechen, Bergbauzulieferindustrie und Stahl- und Metallverarbeitung. Wie das Ruhrgebiet insgesamt versucht auch Herne wirtschaftlich „die große Aufholjagd“. Ein wirklich schwieriges Projekt. Mit Bottrop zusammen liegt Herne auch aktuell noch am Ende der Einkommensskala (Bruttoinlandsprodukt) im Ruhrgebiet (WAZ 28.1.2023).

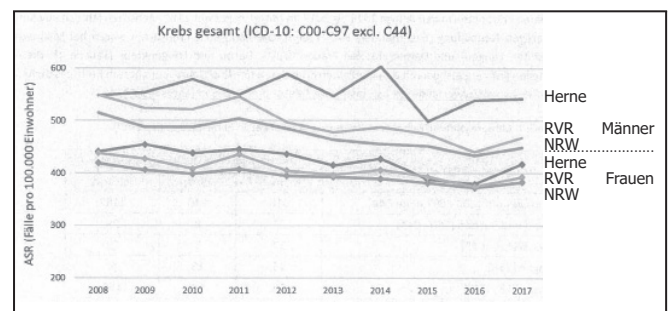
Herne ist bzgl. der Krebshäufigkeit „Spitze“. (WAZ Herne, 20.10.2021). Wie das Landeskrebsregister aufzeigt, ist dabei nach Brust-, bzw. Prostata- und Lungenkrebs der Darmkrebs der dritthäufigste Krebs in Herne. Männer sind stärker betroffen als Frauen. Die Krebshäufigkeit in Herne übersteigt die im Ruhrgebiet (RVR) und insbesondere in NRW. Seit Jahren ist dieser Trend ungebrochen. Die hohe Krebshäufigkeit in Herne trägt mit dazu bei, dass die Lebenserwartung in Herne bundesweit auf Platz 396 (Frauen) bzw. 393 (Männer) von 402 Kreisen liegt⁽¹⁾. Konkret heißt dies, dass in Herne aktuell Männer durchschnittlich 77,1 und Frauen 82,5 Jahre alt werden. Damit leben in Herne Männer ca. 3,7 und Frauen ca. 3,4 Jahre kürzer als in Starnberg, dem Spitzenreiter in der deutschen Lebenserwartung.

Was sind die Ursachen?

Das Gesundheitsamt Herne schreibt in seinem aktuellen Gesundheitsbericht – kompakt (2021): Die „wirtschaftliche und soziale Lage: Einkommen, Bildung und Beruf eines Menschen beeinflussen die Lebenserwartung. Menschen in Arbeitslosigkeit weisen eine höhere Kranken- und Sterblichkeitsrate auf, sind wesentlich höheren gesundheitlichen Belastungen ausgesetzt und verfügen über deutlich geringere Ressourcen als Erwerbstätige. Der im Vergleich zu NRW niedrige sozioökonomische Status korreliert in Herne mit einer geringen Lebenserwartung sowohl für Frauen als auch für Männer.“⁽²⁾ Zudem gibt es „deutliche innerstädtische Unterschiede“, die sich durch Einkommen und Sozialstruktur begründen lassen. Die Arbeitslosigkeit ist hoch (immer im Vergleich zu Gesamt-NRW). Aktuell liegt Herne auf Platz 5 (Januar 2023), das verfügbare Einkommen ist gering, die Zahl der Raucher ist hoch, ebenso wie die Zahl der übergewichtigen Bürger. Schon viele Kinder sind heute adipös, zugleich nimmt die Kinderarmut in Herne zu. Viele Bürger in Herne sind überschuldet.

Herne wird durch zwei viel befahrene Autobahnen (A 42, A 43) und ein Autobahnkreuz durchzogen. Feinstaubbelastung und Lärmbelastung der Bürger sind hoch. Herne grenzt an eine große Müllverbrennungsanlage und eine Mülldeponie. Herne gehört zu den am dichtesten besiedelten Städten in Deutschland. Im Bereich der Flächenversiegelung ist Herne Spitze. Die Verschuldung der Stadt ist sehr hoch; sie steht unter der Finanzaufsicht des Regierungspräsidenten. Alle

diese Informationen sind der Lokalpresse (WAZ) zu entnehmen. Der Gesundheitszustand der Bevölkerung ist nicht auf einen Mangel an Gesundheitsversorgung zurückzuführen. Die Anzahl der Haus- und Fachärzte ist überdurchschnittlich, die Zahl der Krankenhausbetten ist hoch. Herne verfügt über vier Krankenhäuser sowie je eine Klinik für Rheumatologie und Psychiatrie. Gleichzeitig ist der Krankenstand in Herne hoch, insbesondere auch im Gesundheitsbereich. Dieser ist mit 6.600 Beschäftigten der größte Arbeitgeber. Hier arbeiten in der Mehrheit Frauen unter starker körperlicher und psychischer Belastung und häufig mit unzureichender Bezahlung.



Landeskrebsregister NRW gGmbH (2021)

Wie sehen Veränderungsmöglichkeiten aus?

Betrachtet man epidemiologisch diese Fakten, so wird deutlich, dass die „regionale Gesundheit“ primär eine soziale Dimension hat. Dies trifft auch auf die Anzahl der Krebserkrankungen zu. Insofern ist „die Politik“ aufgefordert, hier dauerhafte Veränderungen anzustoßen. Neben Klima- und Umweltschutz geht es dabei hauptsächlich um Armutsbekämpfung und Förderung von Bildung (Gesundheitskompetenz). Sozial deprivierte Menschen benötigen der besonderen Unterstützung durch städtische und gesamtstaatliche Institutionen und die Zivilgesellschaft. Gesunde Ernährung und Bewegungsprogramme sollten schon in Kita und Schule für alle implementiert werden, einer „ungesunden Ernährung“ (z.B. Nikotin, Alkohol, Zucker) sollte durch Verkaufseinschränkungen und erhöhte Steuern begegnet werden. Eine Mobilitätswende hat dabei nicht nur eine klimapolitische Dimension (Luft, Temperatur, Feinstaub), sondern nützt auch der Verbesserung des gesundheitlichen Status des Einzelnen (mehr Bewegung, Reduzierung der Adipositas). Auch individuell kann die eigene Situation durch eine stärkere Teilnahme an Vorsorgeuntersuchungen und der Stärkung der persönlichen Achtsamkeit beeinflusst werden⁽³⁾.

⁽¹⁾ Rau R, Schmertmann CP: Lebenserwartung auf Kreisebene in Deutschland. Dtsch Arztl 2020; 117:493-9

⁽²⁾ Gesundheitsbericht kompakt. Ausgewählte Indikatoren für die Basisgesundheitsberichterstattung der Stadt Herne, Stadt Herne 2022

⁽³⁾ Schaeffer D, Brens E-M, Gille S et al. | Gesundheitskompetenz der Bevölkerung in Deutschland – vor und während der Corona-Pandemie: Ergebnisse des HLS-GER2 | Universität Bielefeld 2021

Peter Strege

Seit langem lebe ich in einer Stadt.

Eine Frage, die auf zwei Umstände hinzuweisen scheint. 1. Kausalistisches Denken begreift sich (nahezu) ausschließlich als ökonomisches und 2. Freiheit wird – so scheint es – zunehmend als die eines Nehmens, ungeachtet dessen, was es Anderes als Besitz geben könne, was als Aufforderung zur Entäußerung eines undefinierten „Selbst“ gewertet werden kann oder muss.

Das hohe Gut wird gerne herbei gelogen und nicht mehr in seinen befreienden Grenzen benannt. Wenn z.B. Abbilder von Grauen, von Krieg und täglicher Metzelei die Runde machen, dann möchte schnell ein Jeder auch aktiv Beteiligter, wenn nicht gar Autor solcher Berichterstattens-werter Nachrichten sein? Das Gewaltige lockt! Stadt als „Jahrmarkt“ der Möglichkeiten hat gefälligst von jedem und für jeden alles zu bieten und darf nicht durch Gebotshindernisse eingeschränkt sein. Sie muss oder sollte zumindest für das Chaos bereit sein, das sie im Warenangebot gerne ansonsten als begehrenswert zur Schau stellt. Ihre anfälligen Großstrukturen sollen aufrecht erhalten bleiben; aber auch deren Infragestellung gehört zum städtischen Denken. Militärisches hat als Staffage des allgegenwärtigen und idealtypischen Gegners herzuhalten, muss sich Angriffe als demokratisches Entgegenstehen gefallen lassen, oder?

Fragen nach Ursache und Wirkung sind zeitlich so zu verknappten, dass sie unentwerrbar in eins fallen. Somit werden sie zu teurem Gut, was nur noch von Spezialisten, von denen kaum einer eine eigene Meinung hat, in seiner Differenzierungsvielfalt aufgedröselst werden könnte – leider fehlen dafür Zeit und Geld. Aber ist dies nicht genau die Vielfalt, von der, wenn es ohne Gewalt, ohne allzu viel Armut und barschem Realismus abgeht, städtischer-seits geträumt werden darf oder muss? Stadt beheimatet freie Bürger, die, wenn sie einen Sinn für ihre tägliche Durcheinander-versammlung hätten, deren Anfälligkeit anders hüten würden.

Vielfaltseigenschaft, schwer durchschaubare Gemengelage, als kaleidoskopische Fragilität begriffen, ist gemeinschaftsfähig, wenn sie sich jedweder allzu starken Kontrolle begibt und nicht nach dieser ruft! Mit dem Mut zum Risiko, der positiven Resonanz für gelebten Zynismus, hoher Abenteuerbereitschaft gilt es, gedachte, also ordnungspolitische gesellschaftliche Stützen endlich als Krücken anzusehen und die selbstgemachte „Krankheit“ jedweder Vielvölkerei als einmalige Chance und Attraktivität zu begreifen. Mit vernutzten Schonbezügen sind alte (Denk-)Möbel schlecht herzurichten. Am saubermännischen Trenchcoat kann schon mal Blut und Scheiße kleben. Irritationen dienen der Blutverjüngung und beugen Inzucht vor. Das beschworene Öffentliche, schauen sie in die Aborte der Vorstadt, Blicke dahin(ein), das dort zu Sehende, einsichts-verpflichtend!, sind Spiegel, die untrüglich davon reden, wie es ist; von der Öffentlichkeit, wenn sie, von wem auch immer diese mehr oder weniger beschwörend angesprochen wird; sie gilt als entlaufen, und man sagt, dass nach ihr gesucht würde.

Jahrmarkt mit Geisterbahn! Catwalk der Eitelkeiten, das politische Parkett! Schöne Welt hat nie behauptet, dass sie heil sei!

Von einer zunehmenden Gewaltsympathie zu jammern bedeutet, auf ein Wiederfinden verloren gegangener Empathiebereitschaft als menschliches Empfinden verzichten zu wollen.

Rotlichtviertel & no-go-aereas, hot spots mit hohem Faszinationspotential in vielerlei Richtung; möglicherweise eher förderungswürdig als durch Prävention bekämpfungswert in dem, wie sich Stadt entweder prächtig aufgeräumt & prostituierend prosperierend zeigt; mag sein, dass der Wirtschaftsförderer seine Freude daran hätte, wenn er ehrlich wäre? Oder aber vom Büro für Touristik, das das in ihrer Stadt gefährlich Großstädtische heraus stellen möchte? Entscheidend ist, auf welchen Schwerpunkt das spotlight fällt: ist es das Museum für ästhetische Reinheit oder der angesagte Club mit dem bizarren floor der Orgie? Frei sein heißt für den Konsumenten, die Wahl zu haben. Frei auswählen zu können ist der Politaweis der Demokratie.

Ich kann und will auch nicht sagen, dass ich es besser wüsste. Aber solange alle durcheinander schreien, sind rechtssprech&linksrichtig nicht zu unterscheiden. In der Stadt liegen&stehen oder schweigen Menschen&Dinge so nahe&gleichzeitig, dass eine Ordnung, der sie zweifelsohne unterliegen, nur schwer auszumachen ist (aber umso entschiedener als das angesprochen werden und gewertet werden müssen, was sie sind!).

Mit entrüstetem Rufen nach harten Strafen derer, die kriegstreibend johlen und bei erwartbaren, aber sie scheinbar völlig überraschenden Vorkommnissen furchtbar entrüstet jaulen, wird allenfalls die Rechtsverabredung aber keine Lösung der Probleme beschworen.

Oder wie Robert Bosshard sagt: Verordnung und keine Befreiung! (Man kann sehen und lesen, wie eindeutig verschieden dasselbe sein kann!)

Peter Strege wohnt am Rand von Dortmund und sieht mit nahezu „ländlichem Blick“ aufs Zentrum.

Lesetipp

Dipesh Chakrabarty

Das Klima der Geschichte im planetarischen Zeitalter

Berlin 2022, Suhrkamp, 443 S., ISBN: 978-3-518-58779-9

„Bekanntlich hat Albert Einstein sich geweigert zu glauben, dass ‚Gott würfeln‘. Doch im 20. Jahrhundert hat die Menschheit angefangen, mit dem Planeten Würfeln zu spielen, ohne die Spielregeln zu kennen.“ (S.268)

Was wir bisher unter Begriffen wie Geschichte oder Globalisierung verstanden haben, muss samt und sonders neu gedacht werden. Chakrabarty reflektiert die globalgeschichtlichen und postkolonialen Dimensionen des fossilen Wahns und erklärt, dass wir zu einem besseren Verständnis sowohl unserer Herkunft als auch unserer Zukunft nur dann gelangen, wenn wir in der Lage sind, uns selbst aus zwei Perspektiven gleichzeitig zu betrachten: einer globalen und einer planetarischen, wobei letztere den Menschen absichtlich *dezentriert*. Nur so wird es möglich, ein angemessenes Bild von der menschlichen Handlungsfähigkeit zu gewinnen. Höchste Zeit angesichts der drohenden Naturkatastrophen.

Benedikt Kern

Gewaltsame Abschottung und Widerstand – Das Grenzregime unterlaufen!

Im Jahr 2022 sind über 1.700 Menschen auf ihrer Flucht nach Europa ums Leben gekommen. Das ist erschütternd – allerdings kaum noch eine Schlagzeile wert.

Stattdessen äußerte sich SPD-Innenministerin Nancy Faeser folgendermaßen: „Wir sind gemeinsam in der Verantwortung, illegale Einreisen zu stoppen, damit wir weiter den Menschen helfen können, die dringend unsere Unterstützung brauchen.“ Abgesehen davon, dass sich dieser Jargon nur unwesentlich vom dem der AfD unterscheidet, ist Faesers Forderung nach einem Stopp der „illegalen Migration“ auch eine unappetitliche Weise, die Solidarität mit Ukrainer*innen gegen die Abwehr von Schutzsuchenden aus anderen Herkunftsregionen auszuspielen. Diese Stimmungsmache bleibt gesellschaftlich nicht ohne Folgen, nämlich der stillschweigenden Kenntnisnahme der zunehmenden Brutalisierung an den Außengrenzen Europas und der kaum irritierenden rassistischen Gewalt.

An den Außengrenzen findet seit Jahren eine Militarisierung des Grenzschutzes statt, mit der Folge, dass die Einreise nach Europa – die natürlich illegalisiert wird – immer lebensgefährlicher ist.

Ein völlig neues Ausmaß haben in diesem Zusammenhang die Ereignisse vom 24. Juni 2022 an der spanisch-marokkanischen Grenze in Melilla gezeigt, wo es mindestens 23 Tote aufgrund von Polizeigewalt gab und bis heute Dutzende vermisst sind. Aber auch die Berichte über massive Polizeirepression an der polnisch-belarussischen Grenze, in Kroatien und Bulgarien, völkerrechtswidrige Pushbacks und willkürliche Inhaftierungen sind alarmierend. Sie zeigen das tatsächliche Gesicht einer chauvinistischen EU, die nicht davor zurückschreckt, systematisch und politisch gewollt gegen ihre eigenen Menschenrechtsstandards zu verstoßen.

Neben der alltäglichen Brutalisierung finden aber auch ein aktiver Abbau des europäischen Asylsystems und eine Verschärfung der Richtlinien und gesetzlichen Regelungen statt.

Wer es über die hohen Mauern Europas bis nach Deutschland schafft, findet auch hier oftmals inhumane Zustände vor. In NRW werden alle, die einen Asylantrag stellen, zunächst in Zentralen Unterbringungseinrichtungen untergebracht, wo Kinder keinen Zugang zu Schulen haben, die medizinische Versorgung eingeschränkt ist, es keine Privatsphäre gibt und vulnerable Personen nicht ausreichend geschützt werden. Die neue NRW-Landesregierung wollte Schritte gegen die Lagerunterbringung einleiten – bisher ist nichts passiert, ganz im Gegenteil: Die Menschen verbleiben oft sehr lange in den Lagern. Von dort aus werden auch sehr effektiv durch die Zentralen Ausländerbehörden der fünf NRW-Regierungsbezirke die

Abschiebungen in Dublin-Verfahren oder in Herkunftsländer organisiert. Aus NRW gab es im Jahr 2022 insgesamt 3.118 Abschiebungen, im Vorjahr waren es 2.903. Das „Abschiebungsreporting NRW“ des Kölner Grundrechtekomitees hat in den letzten Monaten gravierende psychische und physische Gewaltanwendungen in NRW dokumentiert (<https://www.abschiebungsreporting.de/>).

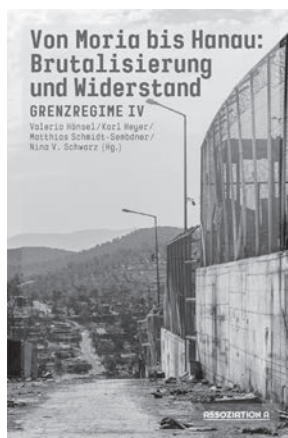
Diese schockierende Praxis und der „Abschiebungserfolg“ der Behörden in NRW sind vor allem auf die hier reibungslos stattfindende Organisation der Abläufe zurückzuführen. Abgesehen von einem derzeitigen Erlass zur Einstellung von Abschiebungen in den Iran, hat die zuständige grüne Ministerin, Josefine Paul, bisher keinerlei Anstrengungen unternommen, Abschiebungen aus NRW zu reduzieren.

Das Panorama der Brutalisierung könnten wir noch weiter fassen, wenn wir darauf blicken, wie gravierend die Situation in Europa aber auch in der ganzen Welt für Menschen ist, die freiwillig oder gezwungen ihren Lebensort verlassen und es angesichts der Klimakrise in Zukunft noch viel stärker werden tun müssen. Zentral erscheint mir aber in dieser Situation, die Frage nach den Ursachen von Flucht und Migration aber auch nach dem Umgang hierzulande innerhalb der Festung zu stellen. Nur so können Rechte, wie eine uneingeschränkte Bewegungsfreiheit, erkämpft und Solidarität organisiert werden.

Es wird aus meiner Sicht in Zukunft stärker darauf ankommen, europaweite Strategien zu entwickeln, um das Grenzregime zu unterlaufen und subversive Formen zu entwickeln, damit Menschen zu ihrem Recht kommen. An vielen Stellen findet das statt: durch die Arbeit des Alarmphones im Mittelmeer und in der Sahara, durch Fluchthilfe auf der Balkanroute, durch das Kirchenasyl und Bürger*innenasyl. Diese Praxen der Subversion des festungskapitalistischen Grenzregimes müssen kreativ ausgeweitet und miteinander in ein Verhältnis gebracht werden, um als eine gemeinsame Praxis sichtbarer zu werden.

Die vernetzte Subversion anzugehen findet natürlich aus einer Situation der Schwäche und der derzeitigen politischen Defensive heraus statt. Aber gerade angesichts der Tatsache, dass im Moment nicht absehbar ist, dass wir in eine politische Offensive kommen können, erscheint es mir umso wichtiger, die Lücken zu finden – in der Hoffnung, dass aus einem kleinen Spalt durchlässige Risse in der Festung entstehen, die auch das Gesamte unserer traurigen Verhältnisse ins Wackeln bringen.

Benedikt Kern, Jg. 1988, kath. Theologe im Institut für Theologie und Politik in Münster. Er berät und unterstützt in NRW Geflüchtete und Kirchengemeinden bei der Durchführung von Kirchenasyl. Er ist engagiert im Bündnis gegen Abschiebungen. Kontakt: kern@itpol.de || aktueller Lesetipp dazu: Valeria Hänsel, Karl Heyer, Matthias Schmidt-Sembdner, Nina V. Schwarz (Hg.), Von Moria bis Hanau – Brutalisierung und Widerstand. Grenzregime IV Berlin/Hamburg 2022, Verlag Assoziation-A, 440 S., ISBN 978-3-86241-482-6



Andreas Müller

Menschenort 55

„schlafen statt strafen“ – Ein Protestcamp in Dortmund

Es sind die Menschen, die auf der Straße leben, die stören. Die ihre Notdurft hinterlassen, da es keine öffentlichen Toiletten gibt. Die unter den Dächern vor Geschäften oder in Hauseingängen übernachten. Die ihr Hab und Gut in windgeschützten Ecken lagern. Oder in irgendwelchen städtischen Nischen ihre Zelte aufgeschlagen haben. Die unter freiem Himmel essen und trinken – auch Alkohol. Die obdachlos sind, nicht nur wohnungslos.

Wohnungslose fallen nicht weiter auf. Sie verfügen zwar über keinen eigenen Wohnraum, haben aber eine vorübergehende Bleibe bei FreundInnen, Verwandten oder Bekannten gefunden oder leben in Übernachtungsstellen und Notunterkünften oder ähnlichen Einrichtungen für Wohnungslose. Der Übergang ist fließend: Obdachlose haben immer wieder die Möglichkeit, bei Bekannten zu übernachten und Wohnungslose werden immer mal wieder obdachlos. In Dortmund soll es davon bis zu 600 Menschen geben, die genaue Anzahl ist wahrscheinlich wesentlich höher.

Obdachlose Menschen leben unter vogelfreien Bedingungen: Sie sind Beleidigungen, Beschimpfungen und Bedrohungen ausgesetzt, werden Opfer von Raub und Diebstahl, Körperverletzung, sexueller Belästigung und Vergewaltigung. Zur Lebenswirklichkeit obdachloser Menschen in Dortmund gehört auch der repressive städtische Umgang von Politik, Verwaltung und den Ordnungsbehörden im Zusammenspiel mit der Händlervereinigung „Cityring“, der das gesellschaftliche Klima verschärft und den Leidensdruck auf obdachlose Menschen erhöht.



Gegen die Verdrängung obdachloser Menschen aus dem öffentlichen Raum, speziell aus der Innenstadt, hat sich in Dortmund eine BürgerInneninitiative gebildet mit dem sinnigen Namen „schlafen statt strafen“. Sie veranstaltete über 9 Tage – vom 28. Januar bis 5. Februar – ein Protestcamp in der Dortmunder Innenstadt und forderte eine „menschenwürdige, kostenfreie Unterbringung aller Menschen, die ein solches Angebot in Anspruch nehmen möchten“, „keine Verdrängung von Obdachlosen aus der Innenstadt“ und „kostenlose, durchgehend geöffnete Toiletten“. „Ein Protestcamp ist sichtbar und für die Stadt und Cityring hoffentlich störender als andere Versammlungsformen“, hieß es in ihrem Aufruf, der von zahlreichen Organisationen unterstützt wurde. Zwei Großzelte waren der Mittelpunkt des Protestcamps sowie ein Informationsstand, der auch über das Tagesprogramm informierte. Das umfasste unter anderem Diskussionsveranstaltungen, offene Plenen, historische Stadtrundgänge zur Obdachlosigkeit, Workshops, Konzerte und vor allem die Ausgabe von warmen Mahlzeiten in den Abendstunden. Dazu gesellten sich in erstaunlich kurzer Zeit Ein- und Zweipersonenzelte, insgesamt übernachteten bis zu 40 wohnungslose Menschen im Camp, die den Ort auch zum Ausruhen, Essen, Austauschen und Ver-

netzen nutzen. Besonders der Informationsstand der „Selbstvertretung wohnungsloser Menschen e.V.“ aus Freistatt in Niedersachsen zeigte Möglichkeiten der direkten Einflussnahme von Betroffenen auf.

Durch das Protestcamp ist der Druck auf den städtischen Umgang mit Wohnungslosigkeit gestiegen. In einer Medieninformation verteidigte sich die Stadt Dortmund



wie bereits in den letzten Jahren: „Niemand muss draußen schlafen, wenn er dringend Hilfe benötigt.“ Bastian Pütter vom Obdachlosenmagazin „bodo“ kommentierte umgehend: „Ein erheblicher Teil der sichtbaren Obdachlosigkeit in Dortmund besteht aus Menschen ohne Zugang zu Notschlafstellen.“ Wer in seinem Ausweis nicht Dortmund als letzten Wohnsitz stehen hat, bekommt ein „Zug- oder Busticket nach Essen, Hannover, Gdansk oder Bacàù“, wo die Person zuletzt gemeldet war. Wer dies ablehnt, „gilt fortan als freiwillig obdachlos“. Ein simpler rhetorischer Trick. Doch damit steht für viele fest: Wer draußen schläft, ist selber schuld!

Außerdem suchen viele Obdachlose Notschlafstellen nicht auf, aus Furcht vor körperlichen Übergriffen oder Diebstählen, weil die Räume zu schmutzig oder ungepflegt sind, weil sie ihre Tiere nicht mitbringen dürfen oder weil dort zu viele Menschen untergebracht werden und es keine Rückzugsmöglichkeiten gibt. Der Oberbürgermeister dazu: „Wir halten es nicht für akzeptabel, dass trotz der ganzen Angebote von Hilfen jeder aussuchen kann, wo er schläft.“

Inzwischen dürfen auch zwei VertreterInnen der Initiative „schlafen statt strafen“ am städtischen Netzwerk „Wohnungslosenhilfe“ teilnehmen. Doch Illusionen, dass sich hierdurch etwas verändert, machen sie sich nicht. Es muss sich etwas in der Gesellschaft verändern, erst dann zieht die Politik nach. Durch die Präsenz des Protestcamps im öffentlichen Raum hoffen die AktivistInnen, dass sie diesem Ziel einen Schritt näher gekommen sind.

Andreas Müller, Sozialarbeiter, seit 1979 in Dortmund im Obdachlosenreich aktiv, später in verschiedenen Einrichtungen für obdachlose Kinder, Jugendliche und DrogengebraucherInnen, weiß seitdem um den Anteil der Hilfeinrichtungen am Elend wohnungsloser Menschen, Teilnehmer am Protestcamp.

Lesetipp dazu

Unbedingt empfehlenswert ist der Wohnungslosenbericht für 2022 des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales, als pdf abrufbar im Internet: www.bmwsb.bund.de/wohnungslosenbericht-2022

S.G.

Rechte, patriarchale Politik: das westliche Geschenkpaket für den Iran

ZWWF

Die Sicherheitskonferenz in München vom 17. bis 19.02.2023 war, was Iranpolitik angeht, eine Schande. Der Ehemalige Prinz, Reza Pahlavi, wurde zusammen mit der Schauspielerin Nazanin Boniadi und der Aktivistin Masih Alinejad als Vertreter iranischer Opposition eingeladen, um auf dieser Konferenz zu sprechen. Und das, obwohl er und sein neu zusammengestelltes Team – das aus „Prominenten“ wie Boniadi, Golshifteh Farahani (Modell und Schauspielerin) und Ali Karimi (Fußballspieler) besteht – den rechtsten und unpopulärsten Teil der iranischen Opposition ausmachen und auf keinen Fall diejenigen Iraner vertreten, die für Frauen, Leben und Freiheit eine Revolte angefangen haben.

Reza Pahlavi galt seit der 79er Revolution nie als eine bedeutsame Oppositionsfigur. Bis jetzt hat er sich geweigert, eine offizielle Partei mit einem klaren Programm zu gründen. Immer, wenn er bei Interviews nach seiner politischen Meinung gefragt wurde, hat er einen undeutlichen Wunsch nach Demokratie geäußert, ohne eine konkrete Regierungsform zu erwähnen. Er lässt sich von den Interviewern „Ihre Majestät“ nennen, ohne ein einziges Mal diesen Titel in Frage gestellt zu haben.

Jetzt aber, wo er als die Hauptfigur der Opposition nach München eingeladen wurde, traut er sich, sein wahres politisches Vorhaben zu äußern: er überlege die Möglichkeit einer sogenannten „demokratischen Monarchie“. Meines Erachtens kann aber eine Monarchie genauso sehr demokratisch sein, wie der Islam und die Regierungsform Republik sich als vereinbar erwiesen haben: im Kern der beiden neu erfundenen Regierungskonstellationen liegt eine Diktatur, die ihre oppressiven Methoden durch eine unmögliche Kombination mit „Demokratie“ und „Republik“ zu schminken versucht. Eine Monarchie basiert auf der nach Blutprinzip erworbenen Macht des Sohns eines Königs, der ebenso seine Macht von seinem Vater übernommen hat. Das entspricht eher der unbegrenzten Macht eines Mannes als dem Motto Frauen, Leben, Freiheit.

Nach der Umfrage des Gamaan-Institut in den Niederlanden Ende 2022: „22% inside Iran and 25% outside Iran would prefer a constitutional monarchy.“⁽¹⁾ Aber wie hat Pahlavi, trotz dieser niedrigen Zahlen, es geschafft, sich als Vertreter der Frauenrevolution im Iran vorzustellen? Die Antwort darauf lautet: durch Geld, Medien und „Prominente“.

Pahlavi weiß, dass er allein nicht beliebt und fähig genug ist, um im Kontext iranischer Politik ernst genommen zu werden. Daher hat er sich in letzter Zeit von Menschen umgeben lassen, die je für einen fehlenden Teil seiner Kompetenz sorgen sollen: Shirin Ebadi (Nobelpreisträgerin) für internationale Anerkennung, Alinejad für ihre Kontakte in der Presse und Politik, Hamed Esmailion (dessen Familie in dem Flugzeugabsturz durch die Revolutionsgarde 2020 gestorben ist) für seine Eloquenz und Fähigkeit, am 22.10.2022 ca.100.000 Menschen zum Protest gegen die islamische Regierung in

Berlin zusammengebracht zu haben, und die restlichen, oben erwähnten ‚Prominenten‘ als Ersatz für sein fehlendes Charisma. Alinejad, die leider in der westlichen Welt als die Stimme feministischer Opposition im Iran anerkannt wird, wird wegen ihrer falschen narzisstischen Behauptungen und ihrer Kooperation mit rechten Machthabern (wie der Trump-Administration) von vielen feministischen Kollektiven im Iran stark kritisiert.⁽²⁾

Kurz gesagt: weder Alinejad noch Pahlavi vertreten die iranische Bevölkerung. Sie haben es aber geschafft, sich als solche den westlichen Machthabern zu verkaufen, weil sie hauptsächlich von wohlhabenden Medien wie dem Saudi-finanzierten Iran-International-Fernsehen unterstützt und dadurch sichtbar gemacht worden sind.



Die westlichen Politiker sind im besten Falle zu ignorant, wenn sie mit diesen rechten Oppositionsfiguren (ver-)handeln, statt nach den wahren Vertretern der iranischen Bevölkerung zu suchen. Diese Vertreter existieren zwar, aber sie sind weniger sichtbar, weil sie sich im Iran und teilweise in Haft befinden – wie etwa Atena Daemi (Menschenrechtsaktivistin), Leila Hosseinzadeh (studentische Aktivistin), Farhad Meysami (Bürgerrechtsaktivist), Nasrin Sotoudeh (Bürgerrechtsaktivistin), Bahareh Hedayat (Bürgerrechtsaktivistin), Sepideh Qolian (Arbeiterrechtsaktivistin) und viele andere.

Pahlavi, Alinejad und Co. sind dabei, die Frauen-Leben-Freiheit-Bewegung im Iran zu entführen, und sie werden dabei vom Westen unterstützt. Wenn die Bürger des Irans und Europas nicht sofort darauf aufmerksam gemacht und dagegen aktiv werden, wird der Iran bald in demselben politischen Chaos liegen, in der sich gerade Länder wie Jemen und Libyen nach dem ‚arabischen Frühling‘ befinden.

⁽¹⁾ https://gamaan.org/2023/02/04/protests_survey/#

⁽²⁾ Alinejad hat in einem Interview mit dem New Yorker die unwahre Behauptung gemacht, sie sei die Führerin der Frauenbewegung im Iran: <https://www.newyorker.com/news/daily-comment/the-exiled-dissident-fuelling-the-hijab-protests-in-iran>

S. G. ist eine Wissenschaftlerin aus dem Iran, die wegen der Sicherheit ihrer Familie, die noch im Iran lebt, anonym bleiben möchte. Sie lebt schon seit zehn Jahren in Deutschland und schließt bald ihre Promotion ab.

Haaretz Leitartikel – 26.02.2023

Israels Kabinett beschloss die vollständige Apartheid für das Westjordanland

In der linksliberalen israelischen Zeitung Haaretz wurde wie immer Klartext geschrieben. Es geht in Israel nicht allein um die Zerstörung der Gewaltenteilung, sondern gleichzeitig um die Vollendung der Apartheid, um weitere Vertreibung – und um die nun mit der Übergabe des Westjordanlandes an den ehemaligen rechtsextremen Siedleraktivisten Smotrich als künftigen ‚zivilem Gouverneur‘ faktisch beschlossene Annexion des Westjordanlandes – also um den endgültigen Bruch des Völkerrechts – so der Leitartikel am 26.02.

Amira Hass schrieb schon am 06.02.23 u.a.:

„Jahrzehntelang war die Demokratie für Israelis eine Militärjunta für Palästinenser:innen. Die gegenwärtige Regierung ist gefährlich für viele Jüdinnen und Juden, auch für diejenigen, die für die Parteien der Regierungskoalition stimmten. Aber in erster Linie ist sie gefährlich für alle Palästinenser:innen, auf beiden Seiten der Grünen Linie. Sie könnte verschiedene Vertreibungspläne verwirklichen, die ihre ranghohen Minister – Bezalel Smotrich und Itamar Ben-Gvir – offen vorantreiben.“

Das israelische Militärregime über die Palästinenser:innen ist Parlament, Regierung, Gericht, Kerkermeister und Henker in Personalunion. Es gibt kein größeres Versagen in der Gewaltenteilung als dieses. Wir kontrollieren eine eroberte Bevölkerung, berauben sie ihrer Bürgerrechte und behaupten schon vor der Erfindung von Fake News, alles sei legal und korrekt. Sie begnügen sich nicht mit den „kleinen“ und indirekten Arten der Vertreibung, durchgeführt von früheren Arbeitspartei- und Likud-Regierungen – wie etwa Bauverbote für Palästinenser und ihre Verdrängung in das Gebiet A, ihre Abschiebung in die Strafkolonie in Gaza und den Entzug ihres Aufenthaltsstatus.

Für die große Vertreibung, außerhalb der Grenzen des Großraums Israel, muss ein politisch-militärisches Chaos geschaffen werden. Mit anderen Worten: Krieg. In einem Krieg wird es leichter sein, die Nakba von 1948 zu wiederholen. Falls uns Massenvertreibung wie eine Fiktion erscheint, sollten wir uns daran erinnern, dass bis vor kurzem das Reden über einen antidemokratischen Gesetzgebungsblitzkrieg wahnhaft wirkte. Schließlich war die Vertreibung der Palästinenser:innen aus ihrer Heimat in der israelischen Ideologie und Praxis als realistische Option verankert, lange bevor die Justizminister die Justiz schwächten, die der Enteignung und Diskriminierung sowieso nie Einhalt gebot. Schon vor der Staatsgründung betrachtete man die einheimische Bevölkerung als unnötigen Ballast, den es zu ignorieren und im schlimmsten Fall loszuwerden galt.“

Das Kabinett hat in der vergangenen Woche eine Maßnahme zum Regimewechsel im Westjordanland vorangetrieben, die dramatische Auswirkungen hat. Verteidigungsminister Yoav Gallant unterzeichnete eine Vereinbarung, mit der die Regierungsbefugnisse im Westjordanland einem Gremium übertragen werden, das vom Finanzminister Bezalel Smotrich geleitet wird; ein Großteil der Zuständigkeit der Zivilverwaltung wird damit dem militärischen Kommando entzogen.

Sobald das Abkommen in Kraft tritt, wird Smotrich faktisch zum Gouverneur des Westjordanlandes und verfügt über Befugnisse, die ihm die Kontrolle über fast alle Lebensbereiche ermöglicht, einschließlich Planung, Bau und Infrastruktur, die er zur Ausweitung des Siedlungsbaus und zur Unterbindung jeglicher palästinensischen Entwicklung nutzen will.

Israel hat das Westjordanland seit vielen Jahren de facto annektiert, wobei die israelischen Zivilbehörden die Politik der Zivilverwaltung diktieren. Alle früheren israelischen Regierungen hatten sich jedoch mit Eingriffen in die formale Regierungsstruktur im besetzten Westjordanland zurückgehalten und darauf geachtet, dass die Besatzung eine Militärregierung bleibt.

Die Konzentration von Befugnissen bei einer militärischen Besatzungsmacht, und zwar vorübergehend bis eine einvernehmliche Lösung für den Status des besetzten Gebiets gefunden ist, ist ein Grundsatz des Völkerrechts – ein Ausdruck des wichtigen Verbots der Erlangung von Souveränität über das besetzte Gebiet, das im Gefolge des Zweiten Weltkriegs eingeführt wurde. Das Verbot, besetzte Gebiete zu annektieren, ist eine der Grundlagen der neuen Weltordnung, die auf den Trümmern der Weltkriege errichtet wurde, und sein Ziel ist es, eine der Kriegsursachen zu beseitigen.

Die Übertragung von Regierungsbefugnissen im Westjordanland an den neuen zivilen Gouverneur, insbesondere in Verbindung mit dem Plan, das duale Justizsystem auszuweiten, so dass das israelische Recht uneingeschränkt und unmittelbar auf die Siedler im Westjordanland Anwendung findet und die zivilen israelischen Behörden direkte Regierungsbefugnisse in den Siedlungen ausüben – Bestimmungen, die auch Teil des Gallant-Smotrich-Abkommens sind, – stellt rechtlich gesehen eine De-jure-Annexion des Westjordanlandes dar. Angesichts der Tatsache, dass nicht beabsichtigt ist, den Millionen von Palästinenser:innen, die im Westjordanland leben, Bürgerrechte zu gewähren, ist das Ergebnis des Abkommens ein formelles, vollwertiges Apartheidregime.

Damit nicht genug, findet dieser schwerwiegende Verstoß gegen das Völkerrecht im Rahmen eines korrupten Pakts statt, der im Gegenzug für Finanzmittel geschlossen wird. Smotrich hat seine Position als Finanzminister ausgenutzt, um die Übertragung von Befugnissen zu einem Zeitpunkt zu erzwingen, an dem der Verteidigungshaushalt für die nächsten zwei Jahre festgelegt wird. Die Militärs und mit ihnen der Verteidigungsminister hätten angesichts der Drohungen des Finanzministers standhaft bleiben und sich weigern sollen, die Regierungsbefugnisse im Westjordanland zu verkaufen – und ihre Kapitulation ist beschämend. Aber noch ist es nicht zu spät. Das Annexionsabkommen darf nicht vollzogen werden.

AMOS – erscheint aus guten Gründen seit 1968 im Ruhrgebiet

ISSN 1615 – 3278

Postvertriebsstück: Gebühr bezahlt

Herausgeber: AMOS e. V., Marl

c/o Rolf Euler, Cäcilienhöhe 32, 45657 Recklinghausen

E-Mail: amos-ev@web.de

Internet: <http://www.amos-zeitschrift.de>

— K 12123 —

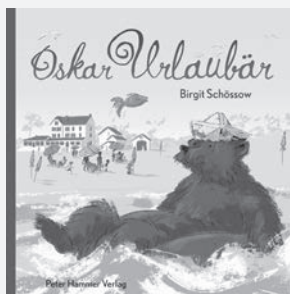


Bücherfrühling für Kinder im Peter Hammer Verlag



Will Gmehling
Pizzakatze
Illustriert von Antje Damm
24 S., geb., ab 3
€ 15,-/ISBN 978-3-7795-0696-6

Bilderbuch für Pizzafans!



Birgit Schössow
Oskar Urlaubär
40 S., geb., ab 3
€ 18,-/ISBN 978-3-7795-0697-3

Herzerwärmende Sommer-
geschichte.



Andrea Liebers
Der Bienenbaum
Mit Illustrationen von Susanne Göhlich
32 S., geb., für Erstleser und zum Vorlesen ab 5
€ 12,-/ISBN 978-3-7795-0701-7

Bienenalarm auf dem Schulhof!



Jan Kaiser
Für Marelchen
Mit Illustrationen von
Maja Bohn
44 S., geb., ab 6
€ 15,-/ISBN 978-3-7795-0699-7

Liebevolle Opa-Enkelin-
Geschichte.



Julia Willmann
Ganz oben fliegt Lili
Mit Illustrationen von
Alexandra Junge
144 S., geb., ab 8
€ 15,-/ISBN 978-3-7795-0700-0

Reiseabenteuer einer
Schwebfliege.



PETER HAMMER VERLAG

Mehr Infos zum Programm: www.peter-hammer-verlag.de